Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 126 — Donnerstag, den 12. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Gerichtstag in Weimar.

(Zum sozialdemokratischen Parteitag.)

Die politische Entwickelung, die wir in den Jahren des Weltkrieges und seit dem 9. November 1918 durchgemacht haben, hat es mit sich gebracht, daß den Verhandlungen des Parteitages der Mehrheitssozialdemokratie Deutschlands, die am Dienstag am Tagungsort der Nationalversammlung in Weimar begonnen haben, eine in vieler Hinsicht entscheidende Bedeutung beizulegen ist. Die Partei der einstigen Reichsfeinde ist inzwischen zur regierenden Partei geworden. Die Kabinette nicht nur in Berlin, sondern auch in allen Bundesstaaten bestehen zum größten Teile aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, und für die Politik sowohl nach außen wie besonders nach innen machen sich demgemäß Gesichtspunkte und Ideen geltend, die in diesen Kreisen als unumgängliche Voraussetzungen für eine volkstümliche Politik vertreten worden sind.

Die schwerwiegenden Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die sich während der Kriegsjahre bis zu der Scheidung in zwei sozialdemokratische Parteien entwickelt hatten, sind mit dem Ausbruch der Revolution in einen offenen Kriegszustand übergegangen, und zu der Partei der Mehrheitssozialisten und der der Unabhängigen ist inzwischen noch eine dritte offizielle sozialdemokratische Partei getreten, die der Kommunisten. Diese weitere Entwickelung nach links blieb aber nicht ohne Einfluß auf die rechtsstehenden Gruppen, und so ergeben sich denn zwei einander eigentlich schroff widersprechende Richtungen: die eine geht auf die vollständige Radikalisierung auch der Mehrheitssozialdemokratie aus und die andere wünscht dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß die Front durch das Gegeneinander der drei Parteien geschwächt wird und eine Einigung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen herbeigeführt werden müßte. Die Vertreter beider Parteien trennt aber im gegenwärtigen Augenblick eine ganze Welt gegensätzlicher Anschauungen, und interessant ist, was für den objektiven Betrachter in ausschlaggebender Weise in Frage kommt, die Tatsache, daß die Linksentwickelung innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie selbst bereits ziemlich weit vorgeschritten zu sein scheint. Man hat auf dem linken Flügel der S. P. D. nichts Geringeres vor, als einen großen Gerichtstag abzuhalten. Das kommt schon in den zahlreichen Anträgen zum Ausdruck, die in stellenweise extradualistischer Formulierung die großen Fragen der Sozialisierung, Demokratisierung und alles, was damit zusammenhängt, zur Erörterung stellen. Daneben steht die Forderung, daß die Mehrheitssozialdemokraten im Kabinett sofort auszutreten hätten, und daß vor allem Noske zu beseitigen sei.

Man sieht also, es sind Grundprobleme gegenwärtigen Staatslebens, wie sie die Zeit nun einmal mit sich bringt, die in Weimar nicht nur erörtert, sondern auch entschieden werden sollen. Werden die Führer der Entwickelung Herr bleiben? Wenn sie versagen, wird das Schicksal Deutschlands wieder einmal auf des Messers Schneide gestellt.

*

Der Beginn des Parteitages.

Den am Dienstag nachmittag in Weimar beginnenden Verhandlungen ging am Pfingstmontag eine Sitzung des Parteiausschusses voraus, an der der Parteivorstand, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, sowie Vertreter aus den einzelnen Bezirken teilnahmen. Der Parteivorsitzende Hermann Müller gab einen Überblick über die Bedeutung gerade dieses Parteitages, über seine Arbeiten und Aufgaben. Er nahm Stellung zu den zahlreich vorliegenden Anträgen, darunter auch zu den Anträgen auf Einleitung neuer Verhandlungen mit den Unabhängigen zur Beseitigung der Parteispaltung. Der Parteitag wird sich, wie mit Sicherheit angenommen werden kann, für eine Einigung mit den Unabhängigen aussprechen, wenn sich die Unabhängigen auf den Boden des Erfurter Programms stellen und wenn die Unabhängigen für ihr Verhalten die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen. Der Redner beschäftigte sich auch mit den Anträgen auf Boykottierung der Freiwilligenkorps und besprach an Hand der vorliegenden Anträge das Verhältnis der einzelnen Staaten zu der von der Sozialdemokratie grundsätzlich geforderten deutschen Einheitsrepublik. Weiterhin wurde das Beamtenrecht und die Fragen der Bildungs- und Jugendbewegung mehrfach angeschnitten. Als nicht empfehlenswert wurde es bezeichnet, den Parteitag mit einem besonderen Referat über die Außenpolitik zu belasten. Minister Scheidemann wird, falls es zu einem Referate über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die Auswärtige Politik mitbehandeln. Die Zeit des Parteitages ist knapp bemessen, da für Sonnabend die Nationalversammlung einberufen werden soll. Es soll daher versucht werden, die Verhandlungen des Parteitages bis dahin unter allen Umständen zu Ende zu führen.

In der langen Aussprache im Parteiausschuß wurde von verschiedenen Rednern als notwendig bezeichnet, daß der Parteivorstand den Auftrag erhält, schleunigst eine Agrarkommission zu berufen, die ein sozialistisches Agrarprogramm ausarbeiten soll. Auch die allgemeine Revision des Parteiprogramms soll in Angriff genommen werden, sobald einigermaßen ruhigere Zeiten Raum für beratige Erörterungen geben. Lebhafte Klage wurde darüber vorgebracht, daß die alten Landräte und Regierungspräsidenten noch immer im Amte sind und ihre reaktionäre Gesinnung jetzt rücksichtsloser betätigen als je zuvor. Der Parteitag soll hierzegen ganz eindeutig und klar Stellung nehmen.

Als Vorsitzende des Parteitages sind der Vizepräsident der Nationalversammlung, Abg. Schulz (Ostpreußen), und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, Abg. Loebe-Breslau, ausersehen.

*

Die erste Sitzung.

Im Nationaltheater in Weimar wurde Dienstag nachmittag 4 Uhr der sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Im Hintergrunde der Bühne sind Büsten von Lassalle und Marx aufgestellt. Ministerpräsident Scheidemann war bis heute nicht eingetroffen. Dagegen sind anwesend Reichswehrminister Noske, Robert Schmidt, Wissell, Dr. David, ferner Minister Heine. Der derzeitige Parteivorsitzende Hermann Müller-Breslau eröffnete im Namen des Parteivorstandes den Parteitag.

Noch niemals sei ein Parteitag so ohne Feierlichkeit eröffnet worden. Das entspreche dem Ernst der Zeit, die nichts als Arbeit fordere. „Ein harter Frieden steht uns bevor, obwohl wir inzwischen unsere Unterdrücker davongejagt und das freieste Wahlrecht dem Volk gegeben haben. An der Spitze der Republik steht heute unser Ebert, der an Bebels Stelle Vorsitzender der Partei wurde. Er ist heute nicht hier, aber im Geiste ist er bei uns. Er telegraphierte: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben in schicksalsschwerer Zeit." Wir danken ihm für die treuen Dienste, die er der Partei geleistet hat. (Beifall.) Wir haben viel erreicht, aber keine Freude will bei uns nicht aufkommen. Das liegt daran, weil wir die Republik auf einem Schutt- und Trümmerhaufen errichten mußten, und das in der Zeit, die zusammenfällt mit der Zeit tiefster nationaler Schmach. Wir erklären, daß wir nicht ruhen werden, bis diejenigen zur Rechenschaft gezogen sind, die schuld an dem namenlosen Unglück sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind von einem Schmachfrieden bedroht, und da sollte eigentlich in einem Trauerhause der Streit ruhen. Wir werden die Männer der Vaterlandspartei nicht vergessen, die durch ihre Annex- und Annexionspolitik das deutsche Volk in sein Unglück stürzten. (Zustimmung.) Wir werden nie vergessen die Junker und Junkergenossen, die die Wahlrechtsreform verhindert haben, obwohl wir ihnen mahnend in Würzburg zurieten, daß jeder Tag des Aufschubs die Widerstandskraft des Volkes untergrabe. Wir vergessen auch nicht die unverantwortlichen Militärs, die jetzt zu ihrer Rechtfertigung sich die Finger wundschreiben und hoffentlich damit Material für den Staatsgerichtshof liefern. Alle, die den Siegfrieden gepredigt, haben beigetragen, daß die Nerven des Volkes zerrissen. Die Novemberwoche 1918 wird ein Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes sein. Wenn sie jetzt gründlich gegen die Schlapphüte hervorkommen, so sollen sie sich sagen lassen, daß ihre Zeit vorüber ist. Sie sollen sich hüten, die Arbeiterklasse in Stadt und Land zu reizen; denn wir haben die Machtmittel in Händen, jede Revolution zu verhindern. (Stürmischer Beifall. Auf Noskes: Die Demokratie muß gesichert bleiben.) Eine historische Aufgabe war es, der jungen Republik den sozialistischen Stempel aufzudrücken. Deshalb haben wir den Unabhängigen das Angebot gemacht, mit uns zusammen zu gehen."

Der Redner geht dann auf die Geschichte des Zusammenarbeitens mit den Unabhängigen und die Trennung ein. „Wir alle mißbilligen die Ausschreitungen Einzelner und wir werden Abhilfe schaffen. Jede Regierung wäre aber ein Spielball, die sich nicht auf eine genügende Macht stützen könnte. Wäre anders verfahren, dann wären längst in Deutschland mexikanische Zustände entstanden und der Wiederaufbau würde noch schwieriger sein. Man empfiehlt eine sozialistische Armee, eine Rote Garde, das ist leichter gesagt als getan. Wir müssen bedenken, daß in den schwierigsten Momenten Truppenteile sich neutral erklärt haben. Es kann für uns eine Einigung nur geben auf dem Boden sozialdemokratischer Grundsätze. (Stürmischer Beifall.) Der Hauptleidtragende für das, was die englischen und französischen Lubendorffs und Tirpitze diktieren, wird die deutsche Arbeiterklasse sein. Sie hat in dieser Stunde eine große historische Mission. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, kann aus dem Buch der Geschichte gestrichen werden. Darum rufe ich den deutschen Arbeiterbrüdern an der Saar, an der Memel, am Rhein und an der Ruhr zu: Was auch geschehe, stehe zu deinem Volk. Es ist dein angeborener Platz. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wird zur

Konstituierung des Parteitages

geschritten. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt die Abgeordneten Heinrich Schulz-Ostpreußen und Löbe-Breslau. Schulz übernimmt den Vorsitz. Bei der Festsetzung der Tagesordnung werden Anträge eingebracht, u. a. die auswärtige Politik auf die Tagesordnung zu setzen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Mit großer Mehrheit beschließt der Parteitag, auf die Tagesordnung den Punkt Auswärtige Politik zu setzen. Eduard Bernstein wird als Berichterstatter für auswärtige Politik bestimmt, und zwar soll er Gegenberichterstatter bei Punkt 6 der Tagesordnung „Aufgaben der Partei in der Republik" sein. Berichterstatter dazu ist Scheidemann, der vermutlich am Donnerstag sprechen wird.

Alsdann folgt der Bericht des Parteivorstandes, den Otto Wels erstattet. Er bespricht u. a. die Flucht des Kaisers. In den Tagen des Zusammenbruchs hätte das deutsche Volk nur eine Hoffnung gehabt, nämlich die auf die deutsche Sozialdemokratie. Der Redner wendet sich dann sehr scharf gegen einen Antrag Jena, der der Fraktion die Mißbilligung aussprechen will für die Bewilligung der Kriegskredite. Wels erklärte, die Partei habe nie den Glauben gehabt, daß Deutschland imstande sein werde, mit Waffengewalt einer ganzen Welt den Frieden zu diktieren, insbesondere nicht, als Amerika in den Krieg eintrat. Diesen Glauben hätten nur die Annexionisten und die Konservativen gehabt, deren ganze Politik darauf zugeschnitten war, daß Deutschland der ganzen Welt den Frieden diktieren und dann die Militärpartei herrschen werde. Nach weiteren Ausführungen wurde schließlich in vorgerückter Stunde die Verhandlung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Neueste Nachrichten.

Die Pariser Beratungen.

Paris, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Regierungschefs beschäftigten sich gestern mit der Prüfung der Schlußforderung des deutschen Gegenentwurfes. Die Schadenersatzkommission hat nach Vorschlag der Sachverständigen einen Bericht ausgearbeitet, der heute dem Viererrat vorgelegt werden soll. Während die französischen Vertreter eine Festsetzung einer festen Entschädigungssumme nicht wollen, haben die Amerikaner die Entschädigung auf 100 Milliarden Goldmark festgelegt. Über das polnische Grenzproblem beraten heute morgen 10 Uhr die Außenminister der Großmächte. Es dürfte doch noch eine gemischte Volksabstimmung stattfinden. Im Anschluß hieran wird heute nachmittag 4 Uhr der Viererrat nochmals über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beraten. Clemenceau wird auf dem französischen Standpunkt bestehen, wonach Deutschland höchstens erst aufgenommen werden kann, wenn es den Nachweis geliefert hat, daß es friedfertig ist. Diese Auffassung dürfte wahrscheinlich durchgeführt werden.

Man hofft, die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Freitag den 13. d. Mts. überreichen zu können. Präsident Wilson reist an diesem Tage nach Brüssel. Die Antwort ist dann endgültig, der deutschen Delegation wird keine Gelegenheit zur Diskussion gegeben werden. Die Frist wird höchstens 8 Tage betragen, damit die Delegierten Zeit erhalten, nach Berlin zum Vortrag zu reisen.

„Dichtung oder Wahrheit?

Rotterdam, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) „N. R. C." meldet, daß in Brüssel eine Bekanntmachung angeschlagen wird, in der der frühere Kommandant von Doornik-Tournai den früheren Kronprinzen von Bayern und den früheren deutschen Kaiser für den 14. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr, vor die 8. Kammer des Berufungsgerichts ladet, um sich wegen der im Kriege begangenen Verbrechen zu verantworten.

Die türkische Friedensdelegation.

Haag, 11. Juni. Die „Times" erfahren aus Konstantinopel: Obwohl die Namen der türkischen Delegation, die heute in Toulon ankommen wird, nicht veröffentlicht worden sind, steht fest, daß der Großvezier Damad Ferid-Pascha Chef der Delegation sein wird. Mitglieder der Delegation sind: Tewfik-Pascha, Kemal-Bey und Riza Tewfik, der ehemalige Minister.

Vor der Einberufung der Nationalversammlung.

Weimar, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung wird sich mit der Friedensfrage befassen. Infolgedessen ist der Zeitpunkt der Eröffnung noch nicht festgesetzt.

Besetzung von Hamburg und Danzig im Falle der Nichtunterzeichnung?

Hamburg, 11. Juni. Nach der Kopenhagener „National-Tidende" sollen große Flottenabteilungen der Entente nach Danzig und Hamburg unterwegs sein, um diese Häfen im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zu besetzen. Die zuständigen Hamburger Stellen haben von einer solchen Besetzung keinerlei Kenntnis und halten sie auch nicht für wahrscheinlich. Möglicherweise hat die Tatsache, daß zur Überwachung des ausländischen Lebensmittelverkehrs und der Ablieferung der deutschen Handelsflotte Kriegsschiffe im Hamburger Hafen liegen und ein- und auslaufen, zu dem Gerücht Veranlassung gegeben.

Ein Amerikaner gegen die Bündnispolitik der Entente.

Washington 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Präsident des amerikanischen Kongresses wandte sich gegen den Vorschlag, daß England und die Vereinigten Staaten Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs Hilfe leisten sollen. Er führte u. a. aus: Wenn der Friede gesichert sein soll, dann ist ein englisch-amerikanisch-französisches Bündnis unnütz. Dieser Bund würde nur neue Verwirrung bringen und den Völkerbund würde man mit Mißtrauen betrachten. Warum tun denn Deutschland, Rußland und Japan nicht auch ein gleiches?

Protestnote Deutschösterreichs gegen den Gewaltfrieden.

St. Germain, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des Korresp.-Büros wird Staatskanzler Dr. Renner heute Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der die Unannehmbarkeit der Friedensbedingung ausführlich dargelegt wird. Die Note behandelt die wirtschaftliche Lage Deutsch-Österreichs und legt dar, daß — sollte der Friedensentwurf in der jetzigen Form angenommen werden — Deutsch-Österreich sich nicht nur nicht zu ernähren vermag, sondern auch der Staatsbankerott unausbleiblich sei.

Ebert über den Frieden für Italien.

Zürich, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Reichspräsident Ebert sagte zu dem Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia", Deutschland werde nur einen realisierbaren Frieden unterzeichnen. Auch für Italien werde es keine Friedensgarantie geben, wenn Deutschland nicht unterzeichnet.

Die Friedensverhandlungen.

Die Beratung der deutschen Gegenvorschläge.

Die feindliche Presse setzt das Rätselraten über die Antwort der Alliierten fort. Neue Gesichtspunkte treten nicht zu Tage. Unter den Gerüchten, die sich mit den Zugeständnissen befassen, verzeichnen wir das folgende als erstes:

Versailles, 10. Juni.

Die Völkerbundkommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Auch die Behauptung, der Rat der Vier sei damit einverstanden, daß der Völkerbund Deutschland das Mandat zur Verwaltung und Bewirtschaftung Deutsch-Südwestafrikas übertrage, taucht wieder in der englischen Presse auf, ohne natürlich bei der Lage der Dinge greifbare Gestalt annehmen zu können.

Über die Fertigstellung der feindlichen Antwort

und die Frist die uns zur Annahme der Antwort gestellt werden soll, gehen die Meinungen der gegnerischen Presse auseinander. Amerikanische Kreise hoffen laut Pariser Ausgabe der „Daily Mail", daß die Antwort der Alliierten am Dienstag abend fertiggestellt sein wird, während englische Kreise die Fertigstellung vor Donnerstag abend nicht für möglich halten. „Chicago Tribune" berichtet, daß bei der Überreichung der Antwort der Alliierten den Deutschen eine Frist gesetzt werden wird, welche augenblicklich noch nicht feststeht. Frankreich möchte eine Befristung von 48 Stunden, die Vereinigten Staaten von 4 Tagen, England von einer Woche. Es sei endgültig beschlossen worden, daß Deutschland nicht gestattet sein wird, noch weitere Veränderungen zu verlangen. Präsident Wilson werde sofort nach der Unterzeichnung oder Ablehnung des Friedensvertrages durch die Deutschen nach Amerika zurückreisen. Den Abschluß des Vertrages mit Österreich-Ungarn, den Türken und Bulgaren werde er Lansing und White überlassen. Das Blatt berichtet, daß am Sitze der amerikanischen Delegation in Paris im Hotel Grillon, Weisen abgeschlossen wurden, daß der Friede am 13. Juni in Versailles unterzeichnet werden und Wilson noch am selben Abend abreisen werde. Reuter meldet aus Paris, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein werde.

Die verwirrte und verwirrende Diskussion, die innerhalb der Ententepresse über die Friedensbedingungen und den Inhalt der Antwort auf unsere Gegenvorschläge im Ganzen ist, hat wenigstens die eine erfreuliche Wirkung gezeitigt, daß der Geist der Kritik gegenüber dem Clemenceauschen Friedensentwurf immer weitere Kreise ergreift. Wir verzeichneten kürzlich eine sehr bemerkenswerte Darstellung des „New Statesman", des Organes der sozialistischen Fabian Society und finden heute denselben Geist humaner Kritik in dem liberalen „Manchester Guardian" wieder, der in einem Leitartikel schreibt:

„Es ist klar, daß der vorliegende Friedensvertragsentwurf und der ihn beseelende Geist mit den vom amerikanischen Präsidenten anerkannten und von allen Alliierten gutgeheißenen Waffenstillstandsbedingungen in schlimmem Kontrast steht. Deutschland weiß dies nicht nur sehr genau, sondern eine große wachsende Anzahl Mäßiggesinnter. Nicht nur eine Stimme in England erkennt dies an.

Aber es wird nicht nur anerkannt, sondern es wird auch laut und eindringlich protestiert durch eine einflußreiche und angesehene Zeitung, den Londoner „Observer" und durch eine gleichartige Denkschrift mit vielen Unterschriften von Hochschullehrern und anderen einflußreichen Persönlichkeiten; unter den Oxforder Namen findet man die der angesehendsten Führer in Wissenschaft und Politik. Die Studenten von Oxford und Cambridge bereiten ähnliche Denkschriften vor. Die Protestbewegungen nehmen überall zu. In derselben Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0001

gabe des Blattes wird eine Kundgebung der britischen Arbeiter veröffentlicht, in der gegen die Abtretung des Saarbeckens und der preußischen Gebietsteile Protest eingelegt und die Arbeiterschaft der ganzen Welt aufgerüttelt wird, sich gegen einen derartigen Friedensschluß aufzulehnen.

Festsetzung der Höhe des Schadenersatzes.

Die Zentralagentur meldet aus Paris, daß die Höhe der Entschädigungssumme vom Pariser Rat auf etwa 200 Milliarden festgesetzt wurde. Weiter wird gemeldet: Die Polen behaupten neuerdings weitgehendes Entgegenkommen (?), indem sie Konzessionen in Oberschlesien (?) im Interesse des Weltfriedens zu machen bereit sind.

Amerikas Schadenersatzansprüche.

Aus New York wird gemeldet: Die Vertreter feindlicher Besitztümer in den Vereinigten Staaten erklärten in einer Mitteilung an den amerikanischen Kongreß, daß amerikanische Bürger von Deutschland für Schäden durch den U-Bootkrieg und für Beschlagnahme amerikanischen Eigentums in Deutschland etwa 1000 Millionen Dollar, also etwa 12 Milliarden Mark nach der jetzigen Währung verlangen. Der Schaden durch den U-Bootkrieg allein stellt sich auf 600 Millionen.

Besprechung des Grafen Rantzau mit Kardinal Hartmann.

Der politische Zweck der Reise des Grafen Brockdorff-Rantzau nach Köln galt, wie im „B. T." berichtet wird, ausschließlich der Unterredung mit dem Kardinal Hartmann, die über eine Stunde währte und sich hauptsächlich mit der sogenannten Republik Rheinland des Dr. Dorten beschäftigte. Die Ansichten, die bei dieser Gelegenheit geäußert wurden, bestiedigten den Grafen Brockdorff-Rantzau in hohem Maße. Er ist dem Kardinalfürsten dankbar dafür, daß er ihm Gelegenheit zu der ausführlichen Aussprache gab, obwohl Kardinal Hartmann gerade von einer anstrengenden Firmelungsreise zurückgekehrt und deshalb sehr ermüdet war.

Probeabstimmung in Malmedy.

Der „R. R. C." erfährt aus besonderer Quelle, daß in dem Distrikt von Malmedy eine Probeabstimmung stattgefunden hat, um zu sehen, wieviel Einwohner für Deutschland und wieviel für Belgien stimmen. Das Ergebnis war folgendes:

In Malmedy nur 5 v. H., in Vernested 5 v. H., Burneville 25 v. H., in Faliqs 25 v. H., Belleveau 25 v. H., in Mont 2 v. H., in Cheffreou 25 v. H., in Lonsafne 1 v. H., Ostwat 2 v. H., Rotrisville 50 v. H., in Fakt 1 v. H., in Chod 2 v. H., in Wehwotthy 20 v. H., Waldmes 5 v. H. und in Ondeval 25 v. H. für Belgien. Diese Abstimmung wurde auf Grund der Wahllisten vorgenommen.

Vermutlich hätten die Belgier diese Abstimmung nicht vorgenommen, wenn sie diesen Ausgang geahnt hätten. Die Tatsache selbst muß als Beweis dafür gelten, daß die Entvölkerungsgegner bei Argumentation Graf Brockdorffs nichts einzuwenden wissen. Sie wollten seine guten Gründe gegen die Verschacherung von Menschen um materieller Vorteile willen mit einer vom Zaune gebrochenen Volksabstimmung aus der Welt schaffen. Das ist ihnen in Malmedy kläglich mißlungen, was wieder nur eine Stärkung unserer guten Gründe im Gefolge haben kann.

In Oberschlesien soll Volksabstimmung stattfinden.

Amsterdam, 10. Juni. Dem Pressebüro Radio zufolge melden amerikanische Blätter, daß endgültig entschieden ist, daß in Oberschlesien eine Volksabstimmung stattfindet.

Wie die „Neue Züricher Zeitung" berichtet, meldet „Secolo" aus London, daß sämtliche Berichte der Vertreter englischer Blätter, welche Schlesien bereisten, übereinstimmend zugunsten der Deutschen lauten. Sie schildern die ständige Beunruhigung und Abergriffe der Polen und erklären die Intervention des Vierverbandes bei der endgültigen Regelung als absolut notwendig, um einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Was wird aus Deutsch-Südwestafrika?

Der Pariser Korrespondent der „Daily News" meldet: Unter vielen Buren in Südafrika scheint Abneigung gegen die Annahme des Mandats über Deutsch-Südwestafrika durch die südafrikanische Union zu herrschen. Diese Buren seien dafür, daß Deutschland die Kolonie weiter verwalte, und zwar unter Kontrolle des Völkerbundes. Auch General Smuts sei für dieses System.

*

Nach der rheinischen Republik: Hannover.

Der Mainzer Korrespondent der „Chicago Tribune" telegraphiert, die Rheinische Republik sei moralisch erledigt. Dem „Echo de Paris" wird aus Mainz telegraphiert, daß sich in Hannover große Unzufriedenheit bemerkbar mache. In dem Artikel wird auf die einstige Freundschaft zwischen dem in Paris verstorbenen König Georg (1878) und Frankreich hingewiesen. Der Verfasser des Artikels, Maurice Barres, sucht die Franzosen in den Glauben zu wiegen, daß sich ganz Hannover nach Frankreich sehne. Mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen erklärt er, daß er die „wahre" Stimmung der Bevölkerung wiedergeben. Er glaubt ja nicht, daß das Hannover sofort wieder ein Königreich werden werde, aber der Herzog von Cumberland mit seinem wichtigen Welfsenanhang sei ja noch da. Der Artikel ist sehr durchsichtig: erst die Rheinrepublik, jetzt Hannover und, wie er noch offen ausspricht, auch Westfalen. Was der frühere Oberbürgermeister Leinert bereits behauptete, geht aus Barres Ausführungen bestimmter hervor. Vor allem scheint die Entente mit Bremen liebäugeln zu wollen. Jedenfalls sollte man auf die englischen Umtriebe im Hannoverschen ein wachsames Auge haben.

Dorten von der Zentrumspartei abgeschüttelt.

Die Zentrumspartei hat, wie die Frankf. Ztg." aus Wiesbaden meldet, nach längeren Verhandlungen und nach schweren Kämpfen im eigenen Schoße des Vorstandes in einer Sitzung Dorten und Genossen von sich abgeschüttelt. Diese Reinigung hat sich bekräftigt durch den Rücktritt des ersten Vorsitzenden Grolle, des Hauptschriftleiters der „Rheinischen Volkszig.", der von jeher einer der entschiedensten Förderer des Absonderungsgedankens war, aber seine Person klüglich im Hintergrund gelassen hat.

Auch jetzt noch hat die „Neutralität" der französischen Militärbehörde ein etwas eigenartiges Aussehen. Die Ausführung des gegen Herrn Dorten wegen Hausfriedensbruches erlassenen Haftbefehls, der inzwischen auf alle „Minister" ausgedehnt worden ist, ist bisher nicht genehmigt worden. Unter französischem Schutze halten sich die tapferen „Minister" wieder in Wiesbaden auf und scheinen auf neue Taten zu sinnen. Nur die Zeitungen dürfen seit Donnerstag ein offenes Wort reden. Angesichts jener Tatsache ist eine Beruhigung der Bevölkerung noch nicht eingetreten.

Ebert über die Trennungsbestrebungen.

Auf das an den Reichspräsidenten gerichtete Telegramm des Vorstandes des Deutschen und Preußischen Städtetages, der sich darin gegen die Loslösungsbestrebungen des Rheinlandes ausgesprochen hatte, ist folgende Antwort ergangen: „Die Entschließung des Deutschen und Preußischen Städtetages zu den hochverräterischen Machenschaften gewisser Elemente im Rheinlande ist mir Freude zu begrüßen. Auch ich bin fest überzeugt, daß keine deutsche Stadt, keine Volksvertretung eines deutschen Gebietsteiles die Schmach auf sich laden wird, die Volksgemeinschaft in diesen Tagen der Not unseres Vaterlandes zu verleugnen. Die Reichsregierung wird dem unnatürlichen Treiben der wenigen pflichtvergessenen und irregeleiteten Volksgenossen in den bedrohten Gebieten um so entschlossener entgegentreten, als sie sich hierbei mit dem gesamten deutschen Volke eins weiß. Je schwerer die Zeit, um so besser muß sich die deutsche Treue bewähren!"

Auch Schleswig?

Nachrichten aus Schleswig zufolge scheint ein dort tätiger früherer Reichstagsabgeordneter den Ehrgeiz zu besitzen, die Rolle des Staatsanwalts Dr. Dorten für Schleswig nachzuahmen. Man darf annehmen, daß ihm das gleiche Schicksal bereitet wird, wie Dr. Dorten.

*

Die Streikbewegung in den Ententeländern.

Der Generalstreik in ganz Frankreich am 23. Juni geplant.

Nach dem „Berner Tagblatt" ließ die Confederation Generale du Travail in ganz Frankreich eine Proklamation anschlagen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, sofortige Demobilisierung der Armee, Amnestie für alle politisch Verurteilten, einschließlich der wegen Meuterei bestraften Soldaten und Matrosen, Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland, Ungarn usw. verlangt werden.

Sämtliche Großgewerkschaften, auch die der Eisenbahner und Grubenarbeiter, erklärten, auf Beschluß der Confederation Generale du Travail hin die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meldung dürfte der Generalstreik am 23 Juni erklärt werden.

Die große französische Streikbewegung

hat nach einem Genfer Bericht der „Neuen Züricher Zeitung" auch auf die elsaßfranzösischen und Grenzdepartements übergegriffen. Die Arbeiter aller großen Fabriken in Savoyen, in Hoch-Savoyen und im Rhône-Departement sind ausständig. „Humanité" und „Journal" melden weiter Streikunruhen in den französischen Hafenstädten. In den französische Industriegebiet in Südfrankreich sind Marokkaner und andere Kolonialtruppen wegen der Unzuverlässigkeit der dortigen französischen Regimenter eingerückt. Man berichtet von Meuterien nicht nur aus Toulouse, sondern auch aus Rouen und Marseille, wo mehrere Aufrührer verhaftet und dem Kriegsgericht überwiesen wurden.

Die Streikbewegung in Frankreich, die die dortige Presse glaubte schon auf die letzte Schulter nehmen zu können, hat sich weiter verschärft. Die Verhandlungen in der Metallindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden. Schwerer aber wiegt noch die Tatsache, daß die Bergarbeiterschaft des Pas de Calais, über den Kopf ihrer Führer hinweg, im Streik verharrt und damit die Vereinbarungen ihrer Vertreter mit der Unternehmerschaft desavouiert. Man darf in diesem Jahre davon sprechen, daß die Bewegung den Führern zu entgleiten droht.

„Populaire" erklärt, es gingen Gerüchte über eine Beschlagnahme der Pariser Unterorundbahn umher. Clemenceau soll im Verein mit dem General Gassouin die entsprechenden Maßnahmen vorbereiten. Würde die Beschlagnahme erfolgen, so unterständen die Arbeiter der „Metro" und die der Nord-Südbahn der Militärgerichtsbarkeit und würden als Ferseure behandelt werden, wenn sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen. „Populaire" warnt die Regierung vor diesen Maßnahmen und ihren Folgen.

Kohlennot infolge des Streiks.

Wie die „Liberté" meldet, haben sich die Kohlenvorräte in Paris infolge der Streiks in Nordfrankreich so vermindert, daß mit einer starken Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs in Paris zu rechnen ist.

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich.

Die Pariser Abendblätter melden, daß die Kammer alle Artikel der Gesetzesvorlage auf Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni ab mit großer Stimmenmehrheit annahm. Als die Kammer die Vorlage en bloc annehmen wollte, erklärte Loucheur, daß dadurch, daß Ein- und Ausfahrt und die Mittagspause einbegriffen seien, die tatsächliche Arbeitszeit nur 7,25 Stunden betragen würde und in der Förderung ein ungeheurer Ausfall eintreten würde. Die Regierung sei nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen, und bitte, die Vorlage an den Ausschuß zurückzuweisen und eine zweite Lesung vornehmen zu lassen. Nach längerer Debatte, in der sozialistische Abgeordnete und der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses den Antrag Loucheur bekämpften, beschloß die Kammer mit 351 gegen 133 Stimmen, für morgen die zweite Lesung anzusetzen.

Vorbereitung des italienischen Generalstreiks.

Lugano, 10. Juni. Der Generalsekretär der italienischen offiziellen Sozialistischen Partei erklärt an die Parteimitglieder einen Aufruf, den italienischen Generalstreik vorzubereiten, der in Mailand und Rom bei der Zusammenkunft mit den englischen und französischen Delegierten als Protest gegen die imperialistische Weltpolitik der Entente beschlossen worden war. Der Aufruf bezeichnet die Meuterei in der französischen Schwarze-Meer-Flotte und die Verweigerung des Munitionstransportes durch die italienischen Seeleute als das Vorzeichen beginnender Umwälzungen.

Barrikadenkämpfe in Neapel.

Lugano, 10. Juni. Über die Lohnbewegung in Italien wird gemeldet, daß sich die Bewegung in den letzten Tagen verstärkt hat. In Neapel konnte der Generalstreik entgegen einer früheren Meldung nicht beigelegt werden. Es kam zu blutigen Ausschreitungen der Streikenden gegen Streikbrecher, sowie zu Barrikadenkämpfen. In Rom muß mit dem Generalstreik gerechnet werden, da die Streikenden Kellner, kaufmännischen Angestellten usw. diese Maßregel bis zum 15. Juni androhen.

Die Streikbewegung in Kanada.

Bern, 10. Juni. „Daily News" melden, daß die Streikbewegung in Kanada große Ausdehnung annimmt. Die Stadt Toronto steht vor einer Hungersnot. Nach einer Depesche aus Vancouver werden an der pazifischen Küste keine Ladungen mehr gelöscht. Das Personal schließt sich dem Streik an. Die kanadischen Pazifikbahnen treffen Maßnahmen, die Heizer durch junge Mädchen zu ersetzen. Die Arbeitervereinigung von Montreal erklärte sich mit den Streikenden in Vancouver und Winnipeg solidarisch.

Politische Übersicht.

Prozesse gegen bulgarische Heerführer.

Sofia, 11. Juni. General Markoff wurde wegen angeblicher Lieferungsschwindeleien im Verein mit bulgarischen und rumänischen Bankiers zu 18 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In der nächsten Zeit beginnt ein Prozeß gegen den Oberkommandierenden der bulgarischen Armee in Mazedonien, General Bojadjeff, der sich wegen der Niederlage der bulgarischen Armee verantworten soll.

Allerlei aus Rußland.

Helsingfors, 11. Juni. Die Petersburger Zeitung „Petrogradskaja-Prawda" meldet: In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. — Der ukrainische Bandenführer Grigoriew ist bei Ossijatschgrad entscheidend geschlagen. — In Nikoman hat ein französisches Regiment gemeutert. — In Petersburg herrschen sämtliche Häuser munizipalisiert. — Die Erntearbeiten in der Ukraine sind gut, in Rumänien herrscht große Hungersnot.

Wiederherstellung der südwestafrikanischen Republiken.

Amsterdam, 11. Juni. Nach einer Reuter-Meldung aus London wurde die südafrikanische Delegation mit Herzog und Reitz in Paris von Lloyd George empfangen. Sie erklärte, ihr Hauptziel sei die Wiederherstellung des nationalen Staats, den die südafrikanischen Republiken vor dem Burenkriege besaßen. Lloyd George erklärte in seiner Antwort, daß die südafrikanische Union sich auf einen grundsätzlichen Abkommen zwischen den britischen und holländischen Elementen aufbaue und deshalb von einer Seite ohne die Zustimmung der anderen nicht aufgelöst werden könne. Großbritannien könne keiner Reaktion, die die Auflösung dieser Union bedeutet, [illegible]

Deutschland.

Großadmiral von Holtzendorff †.

Im Krankenhause zu Prenzlau ist an den Folgen einer Operation, die wegen eines alten Krebsleidens notwendig war, der Großadmiral und Chef der Hochseeflotte a. D. von Holtzendorff gestorben. Er war während des Krieges Chef des Admiralstabes und trat am 1. August 1918 in den Ruhestand.

Die Menschenverluste bei der Befreiung Münchens,

die jetzt amtlich, aber ohne absolute Gewähr für die Richtigkeit festgestellt worden sind, umfassen vom 30. April bis zum 8. Mai: 226 Zivilpersonen, die durch zufälliges Erschießen oder tödliche Unglücksfälle ums Leben gekommen sind. Im Kampfe fielen 38 Reichswehrsoldaten, 93 rote Gardisten, 7 Russen und 7 Zivilisten, zusammen 145 Personen. Standrechtlich erschossen wurden 42 rote Gardisten, 144 Zivilisten, zusammen 186 Personen. Verwundet wurden 303 Personen.

Wissell bleibt bei seinem Programm.

Aus Berlin wird den „C. R. R." berichtet: Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Kabinett erfahren wir noch, daß im Kabinett vollständige Einstimmigkeit über die Pläne des Reichswirtschaftsministers Wissell herrscht. Unbeschadet wird der Reichswirtschaftsminister die Konsequenzen gezogen haben. Der Reichswirtschaftsminister steht vollständig auf dem gleichen Standpunkt, den er bisher in seinem Programm bekundet hat, und ist der Auffassung, daß uns nur eine planmäßige Wirtschaftsorganisation aufrechterhalten kann, und zwar soll diese Wirtschaftsorganisation unabhängig von den uns noch unbekannten Friedensbedingungen schon jetzt systematisch in die Wege geleitet werden.

Beförderung von Offizieren aus dem Unteroffizierstande.

Die seit längerer Zeit beabsichtigte und im Bestande der Reichswehr vorgesehene Beförderung von Offizieren aus dem Unteroffizierstande ist nunmehr bei einer Reihe von Unteroffizieren erstmalig erfolgt. Es ist eine Reihe von Unteroffizieren zu Leutnants befördert worden, und zwar sind es vorzugsweise Leute, die für die Sache des Vaterlandes in schweren Tagen ihre Kräfte eingesetzt haben. Reichswehrminister Noske hat Veranlassung genommen, die Beförderten zu ihrer Ernennung zum Offizier persönlich zu beglückwünschen. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß es ihm eine Freude sei, bei der Erreichung des Zieles, für das er seit Jahrzehnten gekämpft habe, persönlich mitzuwirken, und betonte eindringlich die Pflicht der neuen Offiziere, mit Takt, Umsicht und Tüchtigkeit den Beweis dafür zu erbringen, daß nur wahre Tüchtigkeit zum Führer in der Armee befähige.

Schiebungen in der Nordmark.

In Nordschleswig tritt immer mehr die Erscheinung zutage, daß die deutschen Kriegsgewinnler und andere wohlhabende Deutsche versuchen, ihr Geld nach Dänemark zu bringen, trotzdem die dänischen Banken sich dagegen sträuben. Der Zuzug nach den ländlichen Bezirken werden die Gegenden ist so groß, daß einzelne größere Städte die Auswanderer kaum mehr beherbergen können. Grundstücke, Häuser und andere Liegenschaften, ebenso wie Waren, werden zu Phantasiepreisen aufgekauft. Die Zoll- und Steuerbehörden sind deshalb angewiesen, an diejenigen, durch deren Mithilfe dem Lande Kapital erhalten bleibt, Prämien von 10 v. H. solchen Kapitals zu zahlen.

Die Bevölkerung im neuen Deutschland.

Die Kopenhagener „Gesellschaft für das Studium der sozialen Folgen des Krieges" hat eine Untersuchung über Deutschlands Bevölkerungsbewegung im Weltkriege veröffentlicht, die in der „Frankfurter Zeitung" besprochen wird. Darin wird festgestellt, daß das deutsche Volk durch Geburtenrückgang und Zunahme der Sterblichkeit im Kriege einen Gesamtverlust von nicht weniger als 5½ Millionen Menschen erlitten hat, so daß innerhalb der alten Reichsgrenze statt der früheren 67,80 Millionen nunmehr rund 62,30 Millionen leben. Eine weitere unmittelbare Folge des Krieges ist es, daß die Aussichten auf Eheschließung für die Frauen sich sehr erheblich verschlechtert haben, nicht nur durch die Verschiebung des Zahlenverhältnisses der beiden Geschlechter zugunsten oder auch zuungunsten der Frauen, sondern auch durch das soziale Elend. In etwa 20 Jahren aber muß die Geburtenziffer aufs neue zurückgehen, weil dann die Zahl der ins zeugungsfähige Alter Kommenden sehr gering sein wird.

Noch ernster aber sind die mittelbaren Folgen des Krieges. Wie der Sterblichkeit sind die kräftigsten und leistungsfähigsten männlichen Jahrgänge betroffen worden, dazu kommen die Hunderttausende von Kriegsverletzten. Die verkrüppelten Kriegsverletzten, die Tuberkulose und Syphilis haben überhandgenommen. Noch schmachten bis heute 800 000 deutscher Soldaten im besten Mannesalter fern von der Heimat in Kriegsgefangenschaft. Die Zurückgekehrten aber sind ebenso wie die Zurückgebliebenen in ihrer Kraft geschwächt. Es kommen also zu einem einmaligen Verlust von 5½ Millionen Menschen ein noch lange anhaltender Geburtenrückgang und eine auf Jahre hinaus höhere Sterblichkeitsziffer. Auch ist noch die Frage der Massenauswanderung zu berücksichtigen, die vielleicht ein Hauptproblem der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein wird.

Nach einer Berechnung hat, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." hervorhebt, Sanitätsrat Dr. Prinzing-Ulm in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" vor kurzem beleuchtet. Prinzing schätzt die Zahl der Geborenen bis zum 1. Januar 1919 auf 4,8 Millionen. Gefallen sind 1,8 Millionen, in der Heimat gestorben etwa 5,5 Millionen. Die Abwanderung von Ausländern während des Krieges ohne entsprechende Zuwanderung wird in seiner Berechnung mit ½ Million angenommen. Danach beläuft sich der Gesamtverlust des Deutschen Reiches in seinen früheren Grenzen auf 8 Millionen. Es bleibt also, wenn man die Einwohnerzahl Deutschlands bei Kriegsbeginn mit 68 Millionen annimmt, eine Einwohnerzahl von 65 Millionen übrig. Prinzing weist aber ferner darauf hin, daß Deutschland große Landgebiete, wie Elsaß-Lothringen, Teile der Ostmark und Schleswigs verloren gehen. Er berechnet diese Verluste zusammen auf 3,6 Millionen Menschen, so daß für den deutschen Rumpf, ganz abgesehen von den Schäden der Zukunft, nur noch 61,4 Millionen Einwohner verbleiben. Sehr bemerkenswert ist auch die Berechnung, die Sanitätsrat Dr. Prinzing für Deutsch-Österreich anstellt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Deutsch-Österreich im allergünstigsten Falle etwa 9 Millionen Einwohner behalten würde. Wenn aber Böhmen, die drei Bezirke von Österreich-Schlesien und die deutschen Tiroler Bezirke südlich des Brenners nicht dazu geschlagen würden, so wäre die Einwohnerzahl Deutsch-Österreichs nur etwa 6½ Millionen. So ist nach Prinzing damit zu rechnen, daß das neue Deutschland mit Deutsch-Österreich zusammen wahrscheinlich nur 68 Millionen haben wird.

Provinz und Umgegend.

† **Halle,** 11. Juni. Infolge Kohlenmangels ordnete der Magistrat von vormittags 8½ bis abends 8½ Uhr und von 11½ abends bis früh 7 Uhr Gassperre an.

† **Magdeburg,** 10. Juni. In langer akademischer Debatte unterhielt man sich Donnerstag in der Stadtverordneten-Versammlung über Wert oder Unwert des Einkammersystems in der Gemeindeverwaltung. Angeregt war die Aussprache durch einen Antrag der Unabhängigen, den die Mehrheit (Mehrh.-Soz.) verkündete. Alle Gegengründe der bürgerlichen Stadtverordneten, daß die Materie ja bereits vor der gesetzlichen Regelung stehe, daß die Frage gründliche Prüfung verlange usw., wurden „des Prinzips halber" überstimmt. Die Stadtverordneten verlangten ganz einfach die Einführung.

†**Eisenach,** 11. Juni. Ein größeres Schadenfeuer brach in der Nacht zum Pfingstsonntag in der Werkstatt der in der Nähe des Hauptbahnhofes gelegenen „Thüringer Fensterfabrik" der Firma Oehring aus. Mannschaften vom Wangerzug der Regierungstruppen Maercker und Heuerwerk waren rasch zur Stelle. Wegen Gefährdung der angrenzenden weiteren großen Wohnhäuser machte sich die Niederlegung der Brandstätte erforderlich.

† **Zerbst,** 11. Juni. Ein plötzlicher starker Rückgang der Ferkelpreise zeigte sich auf dem letzten Wochenferkelmarkte am Sonnabend. Die Preise stellten sich auf 60 bis 110 ℳ das Stück, während in der Vorwoche noch 120 bis 180 ℳ, also das Doppelte, verlangt wurde. Diese erstaunliche Erscheinung dürfte außer auf das sehr reichliche Angebot — es waren 440 Tiere zum Verkauf gestellt — auch auf die regierungsseitig angekündigte Einführung von Richtpreisen für Ferkel zurückzuführen sein. Der Markt wurde schnell geräumt.

† **Aus Anhalt,** 11. Juni. Zwei begrüßenswerte Bestimmungen sind für Anhalt erlassen. Nach Bekanntmachung des Viehhandelsverbandes Anhalt wird mit Wirkung vom 16. Juni d. J. an für den Handel mit Ferkeln und Läuferschweinen bis 100 Pfund Lebendgewicht in Mitteldeutschland 6—8 ℳ, je nach Qualität, für das Pfund Lebendgewicht festgesetzt. Von zwei zu zwei Wochen werden die Richtpreise unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktlage neu bestimmt werden. — Das Landesernährungsamt teilt mit, daß es bereits bei der nächsten Verteilung von amerikanischem Schweinefleisch in der Lage sei, sämtliche Gemeinden des Landes unterschiedlos zu beliefern. Bisher erhielten nur die Orte, die als ausgesprochene Industrieorte anerkannt waren, diese Zuwendungen.

† **Fürstenwalde,** 11. Juni. Acht Personen aus Berlin, die während des Pfingstmontags einen Ausflug nach der Kersdorfer Schleuse bei Fürstenwalde unternommen hatten, stiegen während einer Bootsfahrt mit einem Schleppdampfer zusammen und stürzten ins Wasser. Sechs Personen konnten sich retten, zwei, Vater und Tochter, ertranken.

† **Eisenberg,** 10. Juni. Der frühere Herzog hatte vor ungefähr einem Jahre den vier altenburgischen Kommunalverbänden aus seiner Privatschatulle 150 000 ℳ gestiftet, um den minderbemittelten Bevölkerungskreisen wirtschaftlich zu helfen. Über die Verwendung der auf die Stadt Eisenberg entfallenden 12 348 Mark hat jetzt der Stadtrat beschlossen, jungen Ehepaaren Beiträge bis zu 500 ℳ zur Anschaffung von Heiratsgut zu gewähren. Auch die Stadtverordneten haben dazu ihre Zustimmung.

† **Hundshagen,** 10. Juni. Eine Trauung, wie sie nicht alltäglich ist, fand am Sonntag hier statt. Der glückliche Bräutigam hat schon 81 (einundachtzig) mal den wunderschönen Monat Mai erlebt und die „jugendliche" Braut konnte vor 11 Jahren schlüchtern sprechen: Schier 30 Jahre bin ich alt! Die freudige Teilnahme der Gemeinde an dem seltenen Feste war natürlich sehr groß, besonders von seiten der weiblichen Jugend, deren Hoffnung gewiß neu belebt wurde in dem tröstlichen Gedanken: Hier braucht man nicht zu zagen, hier bleibt keine sitzen.

† **Braunschweig,** 10. Juni. Ein Hamster-Trick, der den Reiz der Neuheit hat, wurde in einem Nachbardorf von einem Mann aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0002

geführt. Er kam zu dem Gehöft und klagte der allein anwesenden Frau voller Empörung, der Hofhund habe ihm die Hose zerrissen. Er zeigte auch das Loch in der Hose und verlangte 50 ℳ Schadenersatz. Schließlich beruhigte er sich aber mit einem halben Dutzend Eier die ihm die Frau umsonst überließ. Der zurückkehrende Eigentümer des Hofes ging fort einen Schwindel und begab sich auf die Verfolgung des Hausierers. In der Nachbarschaft fragte er bei einem Gehöft: „War hier wohl ein Hausier, der erzählte, er sei von unserm Hunde gebissen worden?" und erhielt die Antwort: „Nein, er sagte, unser Hund habe ihn gebissen, wir schenkten ihm aber ein Dutzend Eier, und da ist er gegangen." Das Loch in der Hose diente dem Manne dazu, auf kostenlose Weise in den Besitz von Lebensmitteln zu gelangen.

Merseburg und Umgegend.

11. Juni.

** **Die hiesige Lotterie-Einnehmerstelle** hat als Nachfolger des verstorbenen Herrn Curke am 1. Juni d. J. ein Herr Reymond übernommen. Wir wünschen dem neuen Manne im Interesse der Merseburger Lotteriespieler recht viel Glück!

** **Freigabe des Handels mit Kerzen.** Der Minister für Handel und Gewerbe macht bekannt, daß die Rationierung der Kerzen, sowie die Verteilung derselben durch die Kommunen „mit dem 1. Mai dieses Jahres versuchsweise aufgehoben wird. Die Nichtzreise, sowie die Verkaufsvorschriften für Kerzen sind indes nicht aufgehoben. Ob die Rationierung von Kerzen für die kommenden Wintermonate 1919/20 nochmals nötig sein wird, hängt gänzlich davon ab, ob durch den freien Handel eine einwandfreie Versorgung des Publikums gewährleistet wird.

** **Sprechzeiten in den städtischen Geschäftszimmern.** Nachdem auch in der städtischen Bevölkerung die durchgehende Arbeitszeit auf Antrag der Beamtenschaft eingeführt worden ist, hat sich bei der Einwohnerschaft die Gewohnheit herausgebildet, die durchgehende Arbeitszeit von 7—2½ Uhr auch in vollem Umfange zu Aussprachen und Anfragen auszunutzen. Dadurch wird den Beamten aber so gut wie ganz die Möglichkeit genommen, die eigentliche Arbeitsstunde ungestört leisten zu können, was zur Unterbrechung eines geordneten Betriebes im Rathaus unbedingt notwendig ist. Zwecks Durchführung dieser Verwaltungsmaßregel war früher die Zeit des Nachmittagsdienstes für den Verkehr mit der Einwohnerschaft gesperrt. Nachdem nunmehr der Nachmittagsdienst weggefallen ist, hat die Stadtverwaltung genötigt gesehen, für die Geschäftszimmer im Rathaus die Sprechzeit auf 9—1 Uhr festzusetzen, während es für die Lebensmittelkarten-Verteilungsstellen und das Polizeiverwaltungs-Geschäftszimmer bei 8—1 Uhr verbleibt. Die Einwohnerschaft wird gebeten, im Interesse einer schnellen und ordnungsmäßigen Leistung der Verwaltungsarbeit auf dem Rathaus persönliche Anfragen bei den Beamten innerhalb der nunmehr festgesetzten Sprechzeit halten zu wollen.

** **Die Straße „Am Stadtpark"** wird von der Kläranlage bis zum Stadtpark bis auf weiteres für den Zuhrverkehr gesperrt.

** **Kriegsvermißten-Nachforschung.** Durch die Zeitungen machen sich jetzt viele Stellen erbötig, gegen Entgelt Zusammenstellungen von Vermißten in Bahnhofsvorhallen, Lesehallen, Banken, Friseurgeschäften usw. zum Aushängen zu bringen mit der Begründung, daß hierdurch die Aufklärung von Vermißten erfolgen würde. Da diesen Firmen nicht das ausreichende Material zur Verfügung stehen kann, um allen Anforderungen auf Nachforschung nach Vermißten usw. gerecht zu werden, andererseits von den Angebotenen Geldbeträge für die Auskünfte gefordert werden, so sieht sich das Zentralnachweisbüro des Kriegsministeriums im Interesse des Publikums veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das Zentralnachweisbüro des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 48, welchen das gesamte amtliche Material an Hilfsmitteln für Nachforschungen zur Verfügung steht, alle Fälle unentgeltlich macht. Jedem steht es daher nach wie vor frei, sich unmittelbar an das Zentralnachweisbüro in Vermißten-, Gefangenen- usw. Angelegenheiten zu wenden.

** **Der Fußweg am neuen Erweiterungsbau unserer Bezirksregierung** an der Ecke von Domplatz und Domstraße harmonierte mit diesem Prachtbau durchaus nicht. Bereits sind Monate verflossen, seitdem der Bauzaun gefallen und das schöne Gebäude seinem Zwecke überwiesen ist, aber der während der Bauzeit erheblich beschädigte Steinplattenbelag des Fußsteiges liegt noch immer so dürftig hergestellt da, wie ihn seinerzeit die letzten Maurer hinterlassen haben. Es scheint fast, als wäre hier eine Streitfrage zwischen Bauherr und Bauer eigentlich die Wiederherstellung dieses Fußweges auszuführen hat, wie das öfter unter Behörden vorkommen soll. Nach unserem Dafürhalten ist es Sache des Bauherrn, alle Schäden, die das Straßenpflaster während einer Bauausführung erleidet, nach Fertigstellung des betr. Werkes zu beseitigen und so wurde die Schuld daran, daß der fertige Bau an seinen Fußen noch so große Mängel zeigt, die Bauer treffen, die den Bau leiteten und seine adelsige Ausführung übernachten. Man hat vielleicht nur vergessen, dem Neubau eine anständige Zuhbelleitung zu geben und wird dies hoffentlich recht bald nachholen.

** **Kirchhof-Frevel.** Auf dem Merseburger Stadtgottesacker werden Frevelaten verübt, die kaum glaublich aber leider wahr sind. An einem Grab ist von dem sorgfältig gepflegten Rosenstock die Krone abgeschnitten worden. Der Friedhofs-Aufseher versicherte, daß dem Eigentümer beim Anblick des Frevels die Tränen in den Augen standen. Ein wohlbekannter Merseburger hatte seiner heimgegangenen Gattin einen Blumenstrauß auf das Grab gestellt, der aber nach kurzer Zeit verschwunden war. Die Diebstähle scheinen leider zum Zeitvertreib zu haben, sie müßten doch wissen, wie weh sie mit solchem Frevel tun. Schier unglaublich ist es, daß Jemand seine Hand zu so was hergibt. Man sollte meinen, die Hand müsse bei solch nichtswürdigem Gebrauch abbrechen. Wenn das aber nicht genügt, der möge bedenken, daß er nicht nur einen Frevel begeht, sondern sich auch schwer strafbar macht. Selbstverständlich ist nicht nur der Aufseher, sondern auch jeder andere zum Einschreiten und zur Anzeige berechtigt. Schw.

** **Was haben die Angestellten vom Sozialismus zu erwarten?** über dieses Thema spricht morgen, Donnerstag abend 6 Uhr im Tivoli in einer vom Ortskartell der Leuna-Werke einberufenen großen öffentlichen Versammlung der Abg. der Nationalversammlung Giebel aus Berlin.

** **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten,** Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hält morgen im Vereinslokal seine Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. (Siehe Inserat.)

** **Vortrag.** Am Montag den 16. Juni d. J., abends 8 Uhr, spricht im Tivoli hier der bekannte Kommandant des Handelsunterseebootes Kapitän König über das Thema: Welche Gefahren drohen dem deutschen Volkskörper durch eine Amerikanisierung. Wir machen unsere Leser auf diesen interessanten Abend schon heute aufmerksam.

*

Lieder- und Duette-Abend.

Es bedeutet geradezu eine Erlösung, wenn man in dieser Zeit, die voll ist von bangen Fragen und quälenden Zweifeln, hinausgeführt und hinaufgehoben wird in das Gebiet reiner und edler Musik, die uns von den großen Tonmeistern unseres deutschen Volkes geschenkt worden ist. So war der Lieder- und Duette-Abend, den Frau Anna Schmidt-Schumann am Dienstag abend im Tivoli veranstaltete, aufs freudigste zu begrüßen. Wie stark das Bedürfnis der Bewohner Merseburgs nach edler Tonkunst ist, ging daraus hervor, daß der große Saal fast vollständig ausverkauft war, und daß die zahlreichen Zuhörer den Darbietungen mit größter Aufmerksamkeit folgten. Großes Lob und wurde freudig begrüßt, daß Kammersänger Alfred Kase aus Leipzig herübergekommen war, um als Gast wieder einmal den Abend zu verschönen. Der gefeierte Sänger ist ja in unserer Stadt kein Fremder; er hat sich schon längst die Herzen der langesliebenden Konzertbesucher erworben. Als Sängerin wirkte an dem Abend Fräulein Margarete Eix-Berlin. Die Vortragsfolge bot Tonschöpfungen aus älterer und neuerer Zeit. Sie brachte zuerst eine Arie aus dem Oratorium „Die Jahreszeiten" von Joseph Haydn für Bariton und ein Rezitativ mit anschließender Arie aus Mozarts „Hochzeit des Figaro" für Sopranistin. Beide Lieder, sowie auch die nun folgenden Duette, nämlich der Zwiegesang zwischen dem Grafen und dem Page aus „Figaros Hochzeit" und das Duett aus Mozarts „Don Juan": Reich mir die Hand, mein Leben! wurden mit größter Feinheit und Schmiegsamkeit vorgetragen. In den nun kommenden Liedern „Geistergruß" von Franz Schubert, „Talisman" und „Des Knaben Berglied" von Robert Schumann hatte Kammersänger Kase Gelegenheit, seinen weichen und vollen Bariton zu entfalten. Große Fülle und Leichtigkeit entwickelte er in der „Ballade aus dem Koran" und „Dem Schatzgräber" von Carl Löwe. Zuletzt zeigte er sich noch als glänzender Wagner-Sänger in dem Monolog des Hans Sachs aus den „Meistersingern". Der Beifall, den er erntete, war so überwältigend, daß er sich noch zu einer Zugabe verstand: „Altdeutsches Wiegenlied" von Pfitzner. — Frl. M. Eix lernten wir als vorzügliche Brahms-Sängerin kennen in den Liedern „Sehe ich wieder dich", „Sapphische Ode", „Die Mainacht" und „Von waldbekränzter Höhe". Ihre Stimme zeichnet sich bei aller Zartheit und Innigkeit aus durch Kraft und Fülle. Ganz vorzüglich wirksam waren die von ihr vorgetragenen drei Lieder von Erich H. Wolff, vor allem das farbenprächtige „Es ist alles wie ein wunderbarer Garten", aus der Sammlung „Jost. Seyfried" von Oskar Fleischlen. Auch die Sängerin wurde mit stürmischem Beifall gefeiert und dankte durch Zugabe von Lenaus „Liebesfeier", in Musik gesetzt von Felix Weingartner. — Die Begleitung der zahlreichen Lieder hatte Frau Dr. Schmidt selbst übernommen. Es sei ihr zunächst für die Veranstaltung des Abends gedankt, sowie dafür, daß sie für die Herbeischaffung eines Ritterflügels gesorgt hatte, damit der Vortrag der Lieder nicht durch ein minderwertiges Instrument beeinträchtigt werden konnte. Endlich sei ihr aber noch Dank und reiche Anerkennung für die feinsinnige und gewandte Klavierbegleitung ausgesprochen. Auch ihr, der Meisterin des Klaviers, galt verschiedene Male der laute Beifall der dankbaren Zuhörer. G.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Donnerstag den 12. Juni.)

Ausgabe: ½ Pfd. Nudeln und ½ Pfd. Marmelade gegen Abgabe der Quittungsabschnitte 90 und 91 des Lebensmittelbeleges.

Moßlich bei Hofmann (Brühl 6) von 2—3 Uhr auf die Nr. 4601—4700.

z. **Wallendorf,** 11. Juni. Die vom Gestüt Kreuz schon seit mehreren Jahren ins Leben gerufene Deckstation erfreut sich von Jahr zu Jahr eines regeren Zuspruches und die Nachzucht von Fohlen in kleinen und größeren landwirtschaftlichen Betrieben hat immer mehr Anhänger gefunden, wozu die erreichten Erfolge wesentlich beigetragen haben. Vier Beschäler zweckentsprechender Schläge sind diesmal zur Verfügung gestellt. Die diesjährige Deckzeit soll noch bis August ausgedehnt werden. Waren bis unmittelbar vor dem Pfingstfeste 361 Stuten gedeckt worden, so dürfte während der diesjährigen Periode die Zahl 400 erreicht werden.

Mücheln und Umgegend.

11. Juni.

‡ **Mücheln,** 11. Juni. Am 14. Juni, nachmittags von 3—5 Uhr, finden in Querfurt, Oberfarnstedt, Mücheln, Nebra, Lauchstädt, Roßleben, Freyburg, Frankleben und Markröhlitz (Gemeindeämter) in den Vereinslokalen der dort ansässigen Zweigvereine die Wahlen zum Bezirkslehrerrate statt. Den Wahlvorstand bilden Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer der einzelnen Vereine.

‡ **Mücheln,** 11. Juni. Die Kriegswirtschaftsstelle teilt mit: Den Inhabern von Heizmittelanweisungen wird empfohlen, ihren Namen darauf zu vermerken, damit die Scheine bei den Gruben und Händlern nicht verwechselt werden können.

‡ **Querfurt,** 11. Juni. Die Verpachtung der städtischen Kirchen erbrachte einen Gesamtertrag von 59 640,50 ℳ, im Vorjahr 68 306 ℳ. Der Rückgang des Pachtpreises wird auf das Ausbleiben zahlreicher auswärtiger Pächter zurückgeführt.

‡ **Wolbeirschirmbach,** 11. Juni. Die Sammlung für die Kriegsgefangenenspende ergab in unserer Gemeinde 540,25 ℳ.

‡ **Schellrodа,** 11. Juni. In hiesiger Gegend treibt sich ein junges Mädchen, das sich Frieda Gutmann oder Frieda Kringsheim aus Querfurt nennt, herum, verdingt sich als Magd und verschwindet mit dem Dienstlohn, um angeblich ihre Sachen zu holen. Auf diese Weise hat sie in Schellrodа und St. Micheln drei Landwirte geprellt. Vor der Betrügerin wird gewarnt.

‡ **Freyburg,** 11. Juni. Nachdem die Provinzialeisenbahnbetriebsdirektion zur Wiedereinführung der früheren Montagsfeiertagsmärkte zunächst bis 1. September d. J. erteilt hat, wird von jetzt ab diese Märkte allmonatags in der bisherigen Form wieder abgehalten werden.

Wetterwarte.

W. W. am 12. 6.: Vielfach heiter, warm, frichweise Gewitter. — 13. 6.: Teilweise heiter, warm, Gewitterneigung.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Der Kampf um die Eier.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Inlandeier ist aufgehoben. Vorbei ist es mit der Zwangsablieferung, dem Spazierfahren, Verteilen und Weiterverteilen, mit den Strafandrohungen und mit dem Verfallen der Eier.

Die freie Entwickelung der durch den Krieg so schwer geschädigten Geflügelzucht kann beginnen, um für das kommende Jahr die doppelte Zahl an Eiern zu liefern.

Auf dem Lande zeigt sich ein stilles Ringen um die Eier, und in den Städten wird ein lauter Kampf um die Eierpreise geführt. Bebörden fordern in öffentlichen Mitteilungen zur Zurückhaltung mäßiger Preise und freiwillige Ablieferung von Eiern auf.

Im geheimen aber ziehen Aufläufer der Großstädte wie die Blutläufe und Hamster durch die Dörfer und bieten den Hühnerhaltern die höchsten Preise.

Die Geflügelhalter stehen jetzt vor der Aufgabe sich für die neuen Verhältnisse einzurichten. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die ländliche Bevölkerung die Hamsterfahrten der Städter aufs Land ein Greuel sind. Der Unterschied mit Hausbettelei ist ihr gegenüber bei weitem erträglicher. Bei den Landwirten werden tatsächlich die Türbrücker nicht mehr kalt und in großer Zahl hat man bereits dazu übergehen müssen, die Zerstörungen zu entfernen.

Mitleid mit eiernbringenden Menschen, sowie Furcht vor Diebstählen und Einbrüchen haben zur Entwickelung des häuslichen Eierkleinhandels beigetragen. Nicht Gewinnsucht der Bauern, sondern das unausgesetzte Überbieten der Preise durch die Hamsterer treibt die Eierpreise auf die unerwünschte Höhe. Was bisher nicht erreicht werden konnte, wird in der allernächsten Zeit geschehen. Die Zeit ist gekommen, durch einen Zusammenschluß aller bäuerlichen Kreise dem häuslichen Eierunfug ein Ende zu machen und damit der Eierverwertung neue Wege zu bauen. So gut wie die Landleute täglich die Milch ihrer Kühe an die Molkerei abliefern, die teils verarbeitet, teils roh verkauft wird, so gut können an jedem Tage die Eier an eine Sammelstelle im Dorfe abgeliefert werden. Von dort aus wäre sie dem reellen Handel, den Kronenverwaltungen usw. zu annehmbaren Erzeugerpreisen zuzuführen. Bei sachgemäßer Bewertung der Erzeugnisse würde jeder Geflügelhalter gerne alle nicht im eigenen Haushalte verwendeten Eier freiwillig abliefern; dann hätte der Hamsterfahrten ganz von selbst auf. Eier-Sammelstellen gab es schon vor dem Kriege. Ihre Entwickelung hätte während der letzten vier Jahre zu größter Blüte erbracht werden können, wenn die dazu berufenen Stellen es verstanden hätten, das Vertrauen der Geflügelhalter zu erwerben. Statt dessen schädigte die Zwangsbewirtschaftung den gesunden genossenschaftlichen Gedanken durch willkürliches Schalten lebensfremder Kräfte und richtete die deutsche Geflügelzucht so gut wie vollständig zugrunde. Den Gemeinden, landwirtschaftlichen und Geflügelzuchtvereinen bietet sich ein dankbares Arbeitsfeld durch die Gründung von Eier-Genossenschaften. An sie können sich weitere Einrichtungen zur Verwertung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse anlehnen. So kann der gegenwärtige Kampf um die Eier wieder zur Hebung ländlichen Genossenschaftswesens und zur Förderung der heimischen Geflügelzucht beitragen. Gewiß sind durch den Mangel an Fett und Eiweiß die Eier sehr begehrt, durch eine Zwangswirtschaft aber kann der Eiermangel nicht behoben werden. Das sehen wir zur Genüge an unserem Großviehbestande. Freiheit führt zur Entwickelung und Vervollkommnung, und diese bedürfen wir sehr dringend. Es ist bisher auch in keiner Weise bewiesen, daß Hühnerhalter weniger Eier ablieferten, als unter dem vorhergegangenen Drucke der Zwangsbewirtschaftung. Welches sind denn nun die Gründe, daß viele Versorgungsberechtigte trotz des freien Handels keine Eier erstehen können? — Zum großen Teile liegt die Schuld darin, daß in so manchem Grundstücke, wo sich Geflügelhalt dazu bietet, Geflügel nicht gehalten wird. Es macht den Besitzern zu viel Arbeit, die Pflege ist ihnen zu mühsam, zumeist fehlen die Tiere, auch etwas fallen sich die Schlemmereien ist ihnen zu schmutzig. Auch will eine Henne fressen, denn sie legt nur durch den Kropf, und Kartoffelschalen allein tun es nicht. Körner und Mühlen-Erzeugnisse sind beschlagnahmt und für Ersatzfutter werden hohe Beträge gefordert. Selbst der Mistkasten enthält für das Huhn reichgute Reste nicht mehr. Es ist daher begreiflich, daß versorgen zu lassen und auf die hohen Eierpreise zu schimpfen.

Und zum weiteren, wie ist es mit dem Ersatz für gestohlene Stücke? Ist der Schaden nicht oft recht hoch? Muß bei dem Verkauf von Erzeugnissen nicht schon damit gerechnet werden, einen Abschuß hierfür zurückzulegen? Wer erlebt die großen Verluste infolge schlechter Ernährung? Ist es unbemerkt geblieben, daß für einen Zentner Futter — um ihn nur zu erhalten — 60 bis 80 ℳ gezahlt und für eine gute Zuchthenne 50, ja über 100 ℳ gefordert werden. Können wir nicht täglich in den Fachzeitschriften lesen, daß für eine freiwillenkende Ziege 540 ℳ und mehr gefordert werden? Wer will bei solchen hohen Futter- und Geflügelpreisen von hohen Eierpreisen sprechen, wenn ½ ℳ = 18 ₰ an Wert hat? — Ist es nicht richtiger, wir haben überhaupt Eier, anstatt uns über deren Preis zu ereifern?

Im Jahre 1914 wurden in deutschen Reiche etwa 9 Milliarden Eier verbraucht. Die Selbstversorgung belief sich aber nur auf 5½ Milliarde, so daß ein Betrag von 190 Millionen ℳ für die eingeführte Ware nach dem Ausland wanderte. Dieser Teil des Nationalvermögens könnte erhalten werden, wenn der Geflügelzucht die weitgehendste Freiheit gegeben wird, die jetzt vorhandenen Bestände verdoppelt werden und jeder Besitzer von Heimstätten, Landwirtschaft und Grundstücken dazu angehalten wird, Nutzgeflügelzucht zu treiben und zwar je in der Stärke nach seinem Besitz.

Vor kurzem noch gab es in Preußen mehr als 2 Millionen ländliche Haushaltungen ohne Geflügel. Rechnen wir hierzu die große Zahl Güter, die kaum den vierten Teil an Geflügel halten, als sie nach ihren Verhältnissen recht wohl halten könnten, so bietet sich hier für die Aufsichtsbehörden weit mehr Veranlassung zum Nachdenken, als dem wütigen Geflügelzüchter fortgesetzt die Lust zur Sache zu verderben. Durch die allgemeine Bewormundung von all' möglichen Seite wird nur erreicht, daß der Bauer sich immer mehr der Zeit anpaßt und seine Erzeugnisse so einrichtet, daß sie gerade für seinen Haushalt bemessen sind. Nicht der Landwirt und Geflügelhalter ist der Preistreiber, sondern der Hamsterer und Schleichhändler. B.

Sport und Leibesübungen.

Germania I gegen Ammendorf 1910 I 1:3. Da Viktoria 1906-Leutzsch das angesetzte Spiel am Sonnabend plötzlich absagte, verpflichtete Germania für 2. Feiertag Ammendorf 1910 I zum Kranzwettspiel auf dem Schützenhausplatz. Germania hat Anstoß, der Ball wandert auf und ab und gelingt es Ammendorf in der 28. Minute das 1. Tor zu erzielen. Trotzdem die Germanen sich jetzt anstrengen, kann Ammendorf kurz vor Halbzeit zum zweiten mal einsenden und so geht es mit 2:0 in die Halbzeit. Ammendorf gelingt es noch ein drittes Tor zu schießen. Nun reißt sich Germania nochmals tüchtig an und gelingt es, in den letzten 5 Minuten noch das Ehrentor zu erzielen, so daß Ammendorf mit einem Sieg 3:1 das Spielfeld verlassen konnte. Germania spielte mit drei Mann Ersatz. Der Schiedsrichter, Herr Biebach, leitete das Spiel sehr gut. s.

Die Grundsätze der Deutschen Turnerschaft. Die Deutsche Turnerschaft veröffentlicht soeben folgende Stellung zur heutigen Lage. „Getreu ihrem Wahlspruch hat die D. T. stets die Freiheit jedes ihrer Mitglieder hochgehalten. Sie hat weder von Rang und Stand, noch von einem religiösen oder politischen Bekenntnis den Eintritt in ihre Reihen abhängig gemacht. Ja vielmehr immer die Verhütung auf der politischen Volksstreit hingewirkt. Die Grundsätze, denen sie ihre erfolgreiche Entwicklung verdankt, wird sie auch unter den neuen Verhältnissen unentwegt festhalten. Nach wie vor sieht es als ihre Aufgabe an, durch körperliche und sittliche Kräftigung des Einzelnen das Bewußtsein fester Zusammengehörigkeit und wahrer Vaterlandsliebe im deutschen Volke zu wecken. Da die D. T. satzungsgemäß vaterländischer Gesinnung in ihren Vereinen pflegt, wird sie wie bisher die staatlichen und städtischen Behörden unterstützen. Ihre Selbständigkeit aber wird sie sich nach oben wie nach unten wahren." Aus dieser Haltung entspringt auch nachstehender Beschluß gegenüber dem Arbeiter-Turner-Bund. „Die D. T. ist auf Grund der augenblicklichen reinlichen Stellungnahme des Arbeiter-Turner-Bundes ihr gegenüber nicht in der Lage, daß auf Grund ihrer Satzungen ein solches Zusammengehen und Zusammenarbeiten jetzt wohl möglich ist, wenn die Vereine des A.-T.-B. keine politischen Bestrebungen treiben, sondern sich darauf beschränken, dem Vaterlande ein gesundes deutsches Volk zu erziehen."

Vermischtes.

* **Wahres Geschichtchen.** Siebente Mädchenschulklasse. Das Aufsatzthema lautet: „Wie ich mir mein Leben als Erwachsene denke." Wir wollen in die naive Arbeit gucken: „Wenn ich groß bin, möchte ich ein schönes Haus in München haben. Ich möchte auch Wagen und Pferde haben und täglich spazieren fahren. Dann möchte ich auch einen hübschen kleinen Jungen haben. Und später würde ich vielleicht auch heiraten." „Reihenfolge!" schrieb die Lehrerin rügend an den Rand des Schreibblattes.

* **Das Opfer eines Gerüchts** wurde in Natel in der Provinz Posen der Tischlermeister Radstaluja, von dem behauptet wurde, er habe eine schwarze Liste von deutschen Bürgern aufgestellt. Als bei ihm von Soldaten eine Haussuchung ausgeführt wurde, floh er, konnte jedoch verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert werden. Als in der Nacht zwei Soldaten in das Gefängnis eingeliefert wurden, entstand das Gerücht, R. habe diese zwei Soldaten getötet. In der Nacht wurde er aus dem Gefängnis auf die Straße geschleppt und erschlagen.

* **Mord im Gefängnis.** Im Gefängnis Fulda zu längerer Zuchthausstrafe untergebrachte vier Verbrecher schlugen den Aufseher nieder und tötteten. Die Verfolgung war ergebnislos.

*

Ein Raubmord an der eigenen Mutter.

Essen, 11. Juni. Im benachbarten Heisingen wurde die Bergmannsehefrau Zumbusch in Abwesenheit ihres Mannes zwischen beiden jugendlichen Söhnen ermordet und ihrer Ersparnisse von 4000 ℳ beraubt. Die flüchtigen Muttermörder wurden verhaftet und gestanden die Tat ein.

*

Das Schicksal unserer Hilfskreuzer.

Die Zensur hat während des Krieges manche Nachrichten über die Marine unterdrückt, jetzt, kurz vor Friedensschluß, kann der Schleier von vielen Vorgängen verlüftet werden. Jeden wird es interessieren, welche Schiffe der Handelsflotte es waren, die während des Krieges unter anderem Namen als Hilfskreuzer in Dienst gestellt worden sind. Daß der Hilfskreuzer „Wolf" der frühere Bremer Hansadampfer „Wachtfels" war, wurde schon bei der Rückkehr dieses Schiffes im Februar 1916 bekannt. Weniger ist jedoch auch heute noch der frühere Name des weltbekannten Hilfskreuzers „Möwe", als er noch Handelsschiff war. Heute kann nun mitgeteilt werden, daß es der Hamburger Dampfer „Pungo" war, der als Hilfskreuzer „Möwe" eine geschichtliche Berühmtheit erlangt hat. Die englische Presse hat seinerzeit viel nach dem ursprünglichen Namen der „Möwe" herumgerateten. Auch der Name „Pionier" wurde genannt. Sie war auf der richtigen Fährte — „Pungo" und „Pionier" sind Spezialschiffe unserer Handelsflotte, weil sie kurz vor Kriegsbeginn für den Bananentransport von Westafrika erbaut worden sind. Sie gehören der Reederei F. Laeisz und sind 3602 B.-R.-T. groß.) Deshalb wurden sie mit für reine Frachtdampfer außergewöhnlich starken Maschinen ausgestattet, die ihnen eine Geschwindigkeit von etwa 16 Meilen in der Stunde zuließ ebenso viel wie die der großen Amerikadampfer „Cleveland", „Cincinnati", „Amerika" usw.) verliehen. Diese ihre Schnelligkeit hat die „Möwe" mehrmals aus kritischen Lagen gerettet. Die am 31. Dezember 1916 unter dem Befehl des Offizierstellvertreters Babewitz in den Sunmenmünder Hafen eingebrachte Beute der „Möwe", der englische Dampfer „Narrowdale", wurde ebenfalls zum Hilfskreuzer umgebaut und unter dem Namen Hilfskreuzer „Leopard" in Dienst gestellt. Kommandant war Korvettenkapitän Laffert. Anfang März 1917 ging der „Leopard" in See und war seitdem verschollen. Nur eine aufgefischte Flaschenpost trieb darauf schließen, daß der Hilfskreuzer von englischen Seestreitkräften vernichtet worden war. Jetzt bringt eine Nachricht des „Daily Chronicle" völlige Aufklärung über das Schicksal des „Leopard", der demnach am 16. März 1917 nach schwerem Gefecht mit zwei englischen Kreuzern zwischen Norwegen und Island gesunken ist. Mit ihm ist auch sein einziger Führer Babewitz, der inzwischen zum Leutnant zur See befördert worden war, sowie der Bauleauftsichtiger des Norddeutschen Lloyds, Kapitänleutnant der Reserve Scheibling untergegangen. — Ganz ähnlich gestaltete sich, wie die „Schiffahrtszeitung" mitteilt, das Schicksal des am 29. Februar 1916 untergegangenen Hilfskreuzers „Greif", des ehemaligen Dampfers „Guben" der Deutsch-Australischen Dampfschiffsgesellschaft (4963 B.-R.-T.). In Bauart, Größe und Geschwindigkeit (12 Knoten) ähnelte „Greif" dem glücklieren „Wolf" „Wachtfels". Wir wissen, daß das rasche Ende des „Greif" durch Verrat verschuldet worden ist. Als „Greif" Kurhaven passierte, hatte er zwei ganz eng nebeneinanderstehende Schornsteine. Jeder Fachmann konnte sich bei diesem für einen simplen Frachtdampfer ungewöhnlichen Umbau sagen, daß einer der Schornsteine ein sogenannter „Blinder", nur zur Irreführung aufgesetzter war, der schnellstens entfernt werden sollte, wenn das Schiff erst offenes Wasser erreicht hatte.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ausgabe von Auslandbutter am Sonnabend, d. 14. Juni 1919.
Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Auslandbutter und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K u. G) 50 Gramm Auslandbutter zum Preise von 105 Pf.
Merseburg, den 10. Juni 1919
Das städt. Lebensmittelamt.
L A II 1622/19.

Straßensperrung.
Die Straße Am Stadtpark wird von der Klränlage bis zum Stadtpark wegen vorzunehmender Gleisauswechselungen vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für den Fuhrverkehr gesperrt.
Merseburg, den 7. Juni 1919.
Die Polizeiverwaltung.
Nr. P I 3017/19.

Wiesenverpachtung.
Mittwoch, den 18. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr findet im früher Schmidt schen Gasthofe zu Meuschau die Verpachtung von ca. 3 Morgen Wiese, den Burkhardtschen Erben zu Rössen gehörig, in 2 Parzellen öffentlich meistbietend statt.
Albert Franke, Auktionator.

Kirschbaumallee
Geißelröhlitzer Hohle,
zirka 165 Kirsch- und zirka 65 Pflaumenbäume,
sofort zu verpachten
Gewerkschaft Leonhardi Neumark.

Möblierte oder auch nichtmöblierte Wohnung
sofort zu vermieten. Mietsausfall wird evtl. entschädigt. Weißenfels, Bismarckstr. 11.

Möbl. Zimmer
m. 2 Betten u. Kochgelegenheit ist zum 1. 7. zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Frdl. Schlafstelle
offen Obere Breite Straße 22.

Wer tauscht
5-Zimmer-Wohnung gegen 3-Zimmer-Wohnung ein? Offert. unter „5" an die Exp. d. Bl. erb.

Wohnungstausch i. Merseburg
Wer tauscht seine 4—5-Zimm.-Wohnung gegen eine moderne 6-Zimmer-Wohnung? Gefl. Angebote unter S R 17115 an die Exped. d. Bl.

Kl. Wohn. od. Raum z. Unterstellen v. Möbel ges. H. Jugel, Mücheln, Grube Elisabeth I, Bar.

2—3-Zim.-Wohng.
vom Regierungsbeamten zum 1. 7. d. J. oder später gesucht. Offerten an Haackestr. 2.

Möbl. Zimmer
gesucht. Angebote an Behm, Ohrdruf in Thüringen, Reinhardsbrunnerstraße.

2 anständige junge Herren suchen einfach möbliertes Zimmer oder Schlafstelle für sofort. Angebote an Willy Krebs, postlagernd Merseburg.

2—3 gut möblierte Zimmer
für sofort zu mieten gesucht.
Oberarzt Neumüller,
Hallesche Str. 14, pt.

Zimmer mit 2 Betten
für 2 anständige Herren gesucht. Angebote an Dammstraße 19.

Kaufe oder pachte
Landhaus,
3—4 Stuben, Keller, Stallung, Obstgarten u. Ackerland. Off. u. K M 40 an die Exp. d. Blattes.

Gutgehende Bäckerei
zu pachten gesucht. Späterer Kauf nicht ausgeschlossen. Off. unt. G K an die Exp. d. Bl. erb.

30000 Mark
als Hypothek, auch geteilt, von Selbstgeber zu verleihen.
Angebote unter M R an die Expedition d. Bl.

Helene Schulze
Otto Necke
Verlobte
Merseburg Pfingsten 1919

Statt Karten.
Für die zahlreichen Blumenspenden, Geschenke und Gratulationen zu unserer Verlobung sagen wir allen herzlichen Dank.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
Martha Rosenkranz — Kurt Knoche, Fleischermeister

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen
Martha Haßmann
sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren aufrichtigsten Dank. Besonderen Dank der Firma Selle, Leunawerk, sowie ihren Mitarbeitern für die schöne Kranzspende, und allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
Familie Franz Haßmann.

Dank!
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unsrer teuren Entschlafenen sagen wir hierdurch allen unseren
herzlichsten Dank!
Klein-Kayna, den 10. Juni 1919.
Der trauernde Gatte Christoph Hofmann,
Ww. Lina Theile
nebst allen Angehörigen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unsern Dank.
Familie Burkhardt.

Familien-Feierlichkeiten halber sind meine Geschäftsräume Donnerstag am 12. Juni, von mittags 12 Uhr an
geschlossen.
H. Taitza,
Neumarkt 18. / / / Markt 19.

Ausgabe von Lebensmitteln.
Für die Zeit vom 16. bis 22. Juni 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:
½ Pfund amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 1.12 M. auf Bezugschein 92,
½ Pfund Marmelade zum Preise von 0.65 M. auf Bezugschein 93,
nicht Kunsthonig.
Im übrigen bleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 10. Juni 1919 — L A II 1622/19 —.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
L A II 1647/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 12. Juni d. Js. bei Hoffmann, Brühl 6 nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 4601—4700 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
L A I 557/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Brotmarken-Umtausch.
Der Umtausch der ungültig erklärten Brotmarken für die Gültigkeitsdauer vom 17. Juni bis 14. Juli findet im alten Rathaus, Burgstr. 1, in folgender Reihenfolge statt:
Am Freitag, den 13. d. Mts., von vormittags 7 bis 2 Uhr für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von A bis einschließlich M;
am Sonnabend, den 14. d. Mts., für die übrigen Straßen zu denselben Zeiten.
Die Abgabe der neuen Marken erfolgt nur gegen Rückgabe der für ungültig erklärten unter Vorlegung des Lebensmittelheftes.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
L A I 553/19. Der Magistrat.

Gebühren im städtischen Krankenhause.
Nach dem Beschluß der städtischen Behörden wird infolge der zunehmenden Teuerung der seit dem 1. Juli 1917 zur Erhebung kommende Verpflegungssatz für Kur- und Verpflegung im städtischen Krankenhause hierselbst in sämtlichen Verpflegungsklassen vom 1. Juni 1919 ab um je 1 Mk. — statt bisher 50 Pfg. — erhöht.
Merseburg, den 6. Juni 1919.
IV. 685/19. Der Magistrat.

45000 M.
(auch in kleineren Posten) auf gute Acker- oder Grundstückhypothek auszuleihen. Gefl. Off. unter M 45 an die Exp. d. Bl.

Suche
1 Zivil- od. Militärreithose
sowie
1 Photo-Apparat 9×16
zu kaufen. Angebote sind zu richten an Georg Günther, Rittergut Werder.

Suche zu kaufen:
gut erhalt. groß. Kinderwagen
Lauchstedter Str. 48.

Kaufe alte Geige,
alte Guitarre,
auch reparaturbedürftig.
Zschoch, Leipzig, Hohe Str. 7 II r.

Kleiner, gebrauchter Herd oder Kochofen zu kaufen gesucht. Auch könnten 2 große Kochröhren dagegen eingetauscht oder verkauft werden. Angebote an Braubausstraße 10, 1 Tr.

Zu verkaufen:
neuer Sommer-Paletot (neueste Mode), eine halbe Geige (Schülergeige). Zu erfragen Sand 6, 1 Tr. 7—9 abds

Dunkelblauer, gemusterter, neuer Chiffon, zu einer Bluse ausreichend, und ein eleganter, neuer, schwarzer Rock preiswert zu verkaufen
Schmale Straße 9, 2 Tr.

Ein neuer Jackeslanzug sowie ein schwarzer Gehrockanzug
(für starke Figur passend) ist zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Neue Lederjacke, mittl. Fig., neue braune Gamaschen z. verk. Roonstr. 19, pt.
Daselbst werden Dielen gekauft.

Kompl. Reitzeug
zu verkaufen bei Sattlermstr. Uhlig, Neumarkt 52.

Ein paar weiße Halbschuh Gr. 36, sind gegen Gr. 37 umzutauschen, evtl. auch zu verk. Zu erfragen Friedrichstr. 15, I.

Panamahut
(moderne Façon, garniert) ist sofort zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Dunkelbl. Bordenhut
(Seide u. Borde) preiswert zu verkaufen. Daselbst auch 1 Paar vorgesch. schw. Halbstiefel (neu besohlt), Gr. 37 inf. zu verkaufen. Besichtig. von 2—3 Uhr nachm. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Elegante neue Füllbettdecke
über 2 Betten zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

1 Sofa, 1 Waschsessel,
1 Fruchtpresse,
1 Petroleum-Hängelampe
zu verkaufen. Zipprich, Halle a. S. Goethestr. 26, 2 Tr.

Zu verkaufen:
1 rote Plüsch-Chaiselongue und 6 Plüschstühle 1 Flügel, 1 ovaler Tisch, 1 Billard, 2 große Spiegel, 2 Sofa, 2 große und 4 kl. Polsterstühle, 1 Bücherschrank
Seffnerstraße 6.

Vollständige Laden-Einrichtg.
als: Warenschränke, Ladentafeln, Regale, Dekorationsgegenstände, Kanonenofen zu verkaufen.
Curt Eberhardt,
Merseburg,
Kleine Ritterstraße 1.

Kronleuchter und Hängelampe
(eingerichtet für Gas oder Elektrisch) zu verkaufen
Christianenstraße 15, 1 Tr.

Fahrrad
zu verkaufen Weißenfelser Str. Nr. 43, pt., 6½—7½ Uhr abends.

Ausgabe von Geflügelgebäck vom Mittwoch, den 11. Juni 1919 ab
zum Preise von 35 Pf. für das Pfund in der Eierannahmestelle, Kaufmann Rich. Schurig, hier, Obere Breite Straße 7. Dort werden auch jederzeit frische Eier zur Krankenversorgung gegen sofortige Zahlung eines angemessenen Höchstpreises angenommen.
Merseburg, den 11. Juni 1919.
L A II 1628/19. Der Magistrat.

Die städtischen Behörden haben beschlossen, zu den bisherigen Sätzen der Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses, Abschn IV — Abholung der Kranken mit dem Krankenwagen — vom 1. Juni d. J. ab, einen Teuerungszuschlag von je 1,50 M. zu erheben.
Merseburg, den 7. Juni 1919.
IV 849/19. Der Magistrat.

Heu u. Stroh
gepreßt, ist eingetroffen. Offerte in Ladungen, sowie jeden Posten preiswert.
Hugo Held
Tel. Amt Dürrenberg 20. Corbetha (Bahnhof).

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Herausgeber Dr. Fr. Naumann, M. d. R.
Schriftleitg. Wilh. Heile u. Dr. Hertr. Bäumer
Die weitaus weitsehende politische Wochenschrift im neuen deutschen Volksstaat!
Vierteljahrspreis 4,— Mk.
Probeheft 40 Pf. in allen Buchhandlungen und beim Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Mehrere dänische, oldenburger, schwere und leichte
Arbeitspferde und Fohlen
darunter ein paar
Kutschpferde
stehen wegen Futtermangel preiswert zum Verkauf.
Gasth. Thüringer Hof, Tel. 202.

Von Donnerstag, den 12. d. M. ab stehen 40 Stück bester, schwerer
rheinischer belgischer
Arbeitspferde
darunter eine große Anzahl erstklassiger
Zuchtstuten
sowie elegant gepaarter hannoverscher und ostpreußischer
Wagen- und Reitpferde
in meinen Stallungen zum Verkauf.
H. B. Kremmer Nchflg. Fa. Nürnberger
Merseburg, Hallesche Str. 10/12. Fernspr. 28.

Ab Freitag, den 13. d. Mts. stehen mehrere große Transporte
bester Oldenburger
Milchkühe
sowie hochtragende
Kühe und Färsen
darunter auch Zugkühe, in meinen Stallungen zum Verkauf
L. Nürnberger / Inh.: Aug. Quack
Merseburg, Hallesche Straße 10/12. Telephon 28.

Vereinigung zur Pflege der weibl. Jugend in Merseburg.
Dramatische Aufführung
Montag, den 16. Juni, abds. 8 Uhr
in der städtischen Turnhalle Wilhelmstraße
1. Prolog bei Eröffnung der Darstellungen des Weimarischen Hoftheaters in Leipzig am 24. Mai 1807 von Johann Wolfgang von Goethe.
2. Vorspiel auf dem Theater von Joh. Wolfg. von Goethe.
3. Die alte Jungfer, ein Lustspiel in 3 Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.
Theaterzettel, die zum Eintritt berechtigen, 1 Mk. (numeriert) u. 50 Pfg. im Jugendheim Herzog Christian.

Achtung! Angestellte aller Berufe!
Am Donnerstag, den 12. Juni 1919
große öffentl. Versammlung
abends 6 Uhr im „Tivoli".
Thema: Was haben die Angestellten vom Sozialismus zu erwarten! * *
Referent: Mitglied der Nationalversammlung Giebel.
Für die kommenden Ereignisse auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens ist es dringend notwendig, daß jeder Einzelne sich klarheit über seine politische Stellung verschafft.
Angestellte, nützt die Gelegenheit, erscheint pünktlich und zahlreich.
Eintrittsgeld 0.50 M. Das Ortskartell der Leuna-Werke.

Zither zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Violine
zu verkaufen Karlstr. 36, 1 Tr.

1 Ziege zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Einige 4½ Monate alte Kaninchen und 1 Paar neue Schuhe Größe 31 zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Ein großer scharfer
Hofhund
wegen Nachzucht zu verkaufen Ahrendorf Nr. 14.

Pferd,
schwerer Däne, (1,70 m hoch,) 5 Jahr alt, helle Mähne und heller Schwanz, steht zu verk. Groß-Corbetha 40.

Eine Kuh mit dem Kalbe
zu verkaufen Geusa Nr. 34.

Künstliche Vasenblumen
empfiehlt
Kurt Karius, Brühl 4.

Brenn- u. Nutzholz
z. verk. Lauchstedterstr 34, 1 Tr.

Einige Tausend Erdbeerkörbchen
— 1, 1½ und 2 Pfd. fassend — in großen und kleinen Posten zu verkaufen.
Metzner in Halle a. S., Turmstraße 157

Rohspargel-Versand
zentnerweise in Zentnerkörben, auch an Arthur Lange, Braun-Private, Arthur Lange, schweiz. Fernruf 4263 Postfach 55. Bitte Rundschreiben anfordern.

Kräftige
Tabak-pflanzen
hat abzugeben Mühlberg 5.

Reis-Stärke
Original-Remy, ½-Pfd.-Pack., in Strahlen, schneeweiße Ware, a Pfd. M. 30.—, versende per Nachnahme.
R. Berger, Mühlhausen i. Th., Alter Blobach Nr. 45.

Achtung!
Frauenhaar, Roßhaar, Kaninchenfelle, Lumpen- und Altmetalle kauft zu höchsten Preisen
Frau Irmisch, Johannisstr. 16, pt.

Fuhren aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt
Emil Jentsch,
Neumarkt 76.

Marineverein „Nord- und Ostseestation" Merseburg.
Zu der am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr stattfindenden
Versammlung
ladet alle Mitglieder freundlichst ein Der Vorstand.

Grasmähen wird angenommen.
R. Pfützner, Kl. Ritterstraße 6.

Grasmähen wird angenommen
Neumarkt 60, Hof, 1 Tr. r.

Wer erteilt jungem Manne Klavierunterricht? *
Angebote unter 125 E an die Expedition d. Bl.

2 lebenslustige, junge Damen (19—20 Jahre) wünschen die Bekanntschaft bess. Herren zwecks späterer Heirat. Offerten mit Bild unter F F an die Exp. d. Bl. erbeten. Strengste Diskretion wird zugesichert.

Mädchen mit Vermögen sucht die Bekanntschaft eines netten Herrn.
zw. Heirat.
Nur ernstgem. Zuschriften unter U L 40 an die Exp. d. Blattes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 126 — Donnerstag, den 12. Juni 1919 — 45. Jahrg.

Wider den heiligen Geist des Völkerrechts.

Der Kieler Völkerrechtsgelehrte Prof. Dr. Niemeyer brandmarkt in der „Deutschen Juristenzeitung" den uns angekotzten Versailler Friedensvertrag von völkerrechtlichem Standpunkt. Er führt aus: Die Methode der Blankoklausel beherrscht das ganze Buch. Es muß ein herrlicher Augenblick für die Mitglieder der Pariser Kommission gewesen sein, als ihnen ein kundiger Lehrer diesen Weg wies, der dann sodesmal, wenn sich die Einzelbruchführung eines Vergewaltigungsgedankens als schwierig oder die Regelung im Friedensvertrage selbst als zu umständlich erwies, mit Hilfe weniger Worte eine glatte Lösung ergab. So war es mit der künftigen Gestaltung Belgiens (Art. 31 . . . „so verpflichtet sich Deutschland schon jetzt, den Beitritt zu erklären"), mit Luxemburg (Art. 40 . . . „accepte par avance tous arrangements internationaux couclus par les Puissances alliées etc."), dem Kolonialwesen (Art. 118), mit der Abänderung der Generalakte von Berlin 1885, von Brüssel 1890 (Art. 128), so mit der Regelung des Luftrechtes (Art. 919), der Hafentarife (Art. 326), der internationalisierten Ströme (Art. 338, 349, 354, 378), der tschecho-slowakischen Freihäfen in Hamburg und Stettin (Art. 364), des Transitverkehrs (Art. 379), der Eisenbahnunion (Art. 366), des Missionswesens (Art. 438). Nur in der Form abweichend, in der Sache gleichbedeutend, sind alle jene Klauseln, welche Kommissionen, bei denen freien Ermessen wichtigste Entscheidungen zugewiesen sind, und in denen Deutschland entweder gar nicht vertreten oder von vornherein zur Majorisierung durch die Entente verdammt ist. So die „Regierungskommission" für das Saarbecken (Anlage zu Art. 50, Kap. 2), die interalliierten militärischen Überwachungskommissionen (Art. 203—210), die interalliierte Commission des réparations" (Art. 233) und endlich der Kreis Völkerbund, an dessen „Rat" wichtige Entscheidungen (z. B. in Art. 39, 98) überwiesen sind, ohne daß die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbunde dafür als Voraussetzung bezeichnet ist.

Die Krönung dieses Systems ist die Behandlung des Völkerbundes. Nach dem Banier Entwurf ist der Völkerbund nichts anderes als die Aufrichtung einer durch Rechtsformen gescherten Vorherrschaft der im Völkerbund vereinten Großmächte England, Amerika, Frankreich, Italien, Japan . . . Die Behandlung der geltenden Staatsverträge, wie sie generell in den Art. 282—289, hinsichtlich des Verhältnisses Deutschlands zu einzelnen Staaten in Art. 31, 40, 128, 132, 135, 139, 141, 147, 290, 292 ihren Ausdruck findet, beruht auf dem Grundgedanken, daß die Entente in völliger Freiheit der Entschließung ihrerseits alle Staatsverträge Deutschlands für Fetzen Papiere erklären, und die Anerkennung dieser Erklärung von Deutschland vom Rechtswegen verlangen kann, weil sie die Macht hat. Alle Verlautbarungen gegen das Völkerrecht während des Krieges verblassen gegenüber dieser Bankerotterklärung des völkerrechtlichen Vertragsprinzipes.

Das Privateigentum des besiegten Staates und seiner Angehörigen wird in den Versailler Artikeln für vogelfrei erklärt. Über die Bergwerke im Saargebiet und in Marokko, deutsche Schiffe und Kabel, Eisenbahnen und Hafenanlagen, über das Eigentum der deutschen Missionen wird frei verfügt. Alle Ansprüche Deutschlands gegenüber den 27 Gegenstaaten aus der Zeit vor dem Friedensschluß werden für erloschen erklärt (Art. 439). Die Nachprüfung aller gegnerischen Friedensbrüche ist ausgeschlossen (Art. 440), während die alliierten und assoziierten Mächte sich die Prüfung und freie Entscheidung über die Anerkennung und Ausführung der deutschen Friedensprüche vorbehalten (Art. 440). Die Reihe dieser Maßnahmen, welche ebensoviele Verneinungen der Kraft des Rechtes und Behauptungen der Macht gegen das Recht bedeuten, setzt sich fort in der Deformierung des internationalen Verkehrsrechtes, welche durch die Versailler Friedensbedingungen vorgenommen und mit Brutalität und Raffinement durchgeführt wird. Die Friedensbedingungen von Versailles bedeuten nicht nur den Umsturz des geltenden Völkerrechts, sondern die Verneinung des auf Völkerversöhnung, Völkerfrieden und internationale Arbeitsgemeinschaft gerichteten Willens. Sie enthalten die Sünde wider den heiligen Geist des Völkerrechts."

Freie Volkskirche.

Der Bund „Freie Volkskirche" erläßt in einem Flugblatt einen Aufruf an die evangelischen Christen, dieser Vereinigung in Scharen beizutreten, überall Ortsgruppen zu gründen. Zu dem Aufruf wird etwa folgendes ausgeführt:

Die alten Landeskirchen sind infolge der politischen Umwälzung zu einem von vielen schon längst ersehnten Neuaufbau gezwungen. Der Bund „Freie Volkskirche" will nicht bloß durch die Schaffung einer neuen Kirchenverfassung, sondern vor allem durch einen neuen Geist, der sich frei und ungehemmt entfalten und auswirken soll, an dem Aufbau der innerlich wahrhaftigen Volkskirche mitarbeiten. Alle Einrichtungen der erstrebten wahren Volkskirche sollen von dem wahren christlichen Sozialismus brüderlicher Gesinnung durchdrungen sein. Die neue Kirche soll in keiner Weise einen Unterschied nach Stand und Besitz machen; alle Glieder und Stände des Volkes sind zur kirchlichen Mitarbeit willkommen. Nötig ist, daß die Kirchenverfassung auf breitester volkstümlicher Grundlage aufgebaut werde. Durch Urwählen, zu denen alle evangelischen Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr Berechtigung haben, sind die Gemeindekörperschaften und Synoden zu wählen. Es darf nicht mehr der Fall sein, daß z. B. die Generalsynode unter 202 Mitgliedern 105 Theologen (darunter 15 Generalsuperintendenten, 61 Superintendenten, 20 Pfarrer), 7 Konsistorialbeamte, 40 Adlige, 4 Kommerzienräte usw. hat, aber keinen Arbeiter, keinen Lehrer, keinen Handwerker, keinen Bauern in ihren Reihen aufweist. Notwendig ist ferner volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; alle evangelischen Richtungen haben gleiche Berechtigung. Lehrprozesse finden nicht statt. — Die Selbständigkeit der Einzelgemeinde in ihren inneren Angelegenheiten muß gewahrt werden. Kirchliche Patronate sind zu beseitigen, vielmehr muß jede Gemeinde das Recht haben, sich ihren Pfarrer selbst zu wählen. — Die Volkskirche soll sachser und entschieden Stellung nehmen zu allen sittlichen und sozialen Fragen im Leben der Gemeinden und der Völker. Das kann nicht durch eine veraltete Kirchenzucht erreicht werden, sondern nur, wenn sie im Namen des christlichen Gewissens furchtlos nach oben und unten ihre Stimme erhebt. — Vom Staat verlangt der Bund „Freie Volkskirche" die Anerkennung der Kirche als einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, der die Lebenstätigkeit ungeschmälert erhalten bleibt. Die Schulen müssen den christlichen Religionsunterricht weiterhin erteilen dürfen ohne Bevormundung durch die Kirche.

Soweit die Forderungen des obengenannten Bundes „Freie Volkskirche". Unterschrieben ist der Aufruf von Männern und Frauen, Geistlichen und Laien. Für uns Merseburger wird es von Bedeutung sein, zu hören, daß auch unser Stiftsoberpfarrer Prof. Vibrorn diesen Aufruf mit unterzeichnet hat, einen Aufruf, dessen Befolgung so bitter nötig ist für unsere Zeit und unsere Kirche. Wir freuen uns, daß der erste evangelische Geistliche unserer Stadt dadurch beweist — was ja übrigens wohl jedem Merseburger bekannt ist —, daß er ein tiefes Verständnis hat für die Nöte und großen Aufgaben unserer Kirche. Ich weiß wohl, daß auch in unserer evangelischen Kirche ein frischer, belebender Wind weht. Noch immer gibt es Gottesdienste und Predigten, die wohl innerhalb der Kirchenmauern und im Dämmerlichte des Gotteshauses bestehen können, aber mit der Wirklichkeit des Lebens und den Forderungen der Gegenwart nur wenig Berührungspunkte haben. Es gilt von ihnen das Dichterwort:

Willst du das Grab des Heilands seh'n,
brauchst nicht nach Jerusalem zu geh'n,
steh nur seine Kirchen in allen Landen,
die halten ihn fest in Grabesbanden."

Immer noch wird bei der kirchlichen Trauung die Braut gefragt: „Willst du deinem gegenwärtigen Ehemann untertan sein in dem Herrn — — —?" trotzdem im politischen und wirtschaftlichen Leben Mann und Frau Gleichberechtigung erlangt haben. In den Ansündigungen noch der Predigt wird die Gemeinde zur Fürbitte für die Neugeborenen aufgefordert; uneheliche Kinder werden dabei nicht genannt, obgleich sie die Fürbitte mindestens ebenso nötig haben wie andere Kinder. Aus den Verhandlungen der Synode wichte nur zu oft der Modegeruch längst vergangener Zeiten. Wie hat sich vor etwa sieben Jahren die Provinzialsynode gesträubt, den Geistlichen die Teilnahme an der Feuerbestattung zu erlauben! Mit einer Mehrheit von einer Stimme wurde die Erlaubnis ausgesprochen, obgleich die Feuerbestattung durch Landesgesetz gestattet war! Engherzige Mitglieder der Synode behaupten eben nicht, daß die Zeit einfach über die Kirche zur Tagesordnung hinweggeht, wenn sie es nicht lernt mit der Gegenwart zu fühlen und zu denken. Die Konsistorien stehen zumeist in dem Gerüche der Rückschrittlichkeit und Unduldsamkeit. Kaufälich ließen sie durch beliebte Aufseher den Religionsunterricht in den Schulen beobachten und verlangten über eine Lehrer, die mit den einfachsten und harmlosesten Ausführungen der Naturwissenschaft in jahrelangem Widerspruche stand. Nicht viel besser ging es den Geistlichen, freiheitlich, nicht jedem Freigesinnten wurde der Prozeß gemacht; aber die freiere Richtung wurde eben nur geduldet, hatte jedoch kein Recht innerhalb der Landeskirche. Und wer sich allzu sehr von den vorgeschriebenen Glaubensätzen entfernte, der wurde durch ein Spruchkollegium aus Superintendenten und Konsistorialräte gemaßregelt. Die großen Geister unseres Volkes schienen für die strengen Richter unfähig gelebt zu haben. Auch die Erfahrungen, die Kandidaten und Predigter bei Bewerbungen um Pfarrstellen, bei Berufungen in kirchliche Ämter als Superintendenten und Konsistorialräte gemacht haben, waren recht eigener Art. Liberale Bewerber mußten hinter konservativen zurückstehen. Aber diese Unduldsamkeit herrschte nicht bloß, wenn es sich um kirchliche Angelegenheiten handelte. Für die Geistlichen war es eigentlich selbstverständlich, daß sie den rechtsstehenden politischen Parteien angehörten, und es erregte geradezu Aufsehen, wenn ein Pastor es wagte, bei der öffentlichen Wahl zum preußischen Landtag eine liberale Stimme abzugeben. Daß ein Geistlicher der sozialdemokratischen Richtung angehörte, wie es in der Schweiz der Fall ist, war selbstverständlich unmöglich und hätte ihm nur Amt und Ansehen gekostet. Nein, die Landeskirche war mit dem konservativen preußischen Staate aufs innigste verbunden. Einer stützte das andere. Kein Wunder, daß die Kirche keinen neuen und kühlen gewonnen ist, seitdem das Staatswesen einen furchtbaren Zusammenbruch erlitten hat. Man hat auch, besonders in den ersten Monaten nach der Revolution, wenig davon gehört, daß sie sich gegen die Beschneidung ihrer ehemaligen Rechte kräftig gewehrt hätte, wie es z. B. die katholische Kirche durch den Mund ihrer Bischöfe mit Nachdruck und gutem Erfolge getan hat. Wer immer am Gängelbande gegangen ist, der fühlt sich unsicher, wenn er plötzlich auf eigenen Füßen stehen soll. — Es sollen selbstverständlich die großen Verdienste, die sich die evangelische Kirche auf vielen Gebieten unseres Volkslebens durch hingebende treue Arbeit erworben hat, nicht vergessen werden. Aber der Vorwurf der Abhängigkeit von oben, der Engherzigkeit und des Mangels am Fortschreiten können ihr nicht erspart bleiben.

Daß es damit anders werde, daß einmal frisches Leben in unsere Kirche einziehe, dazu will der Bund der „Freien Volkskirche" helfen. Möge bald auch in unserer Stadt eine Ortsgruppe dieses Bundes entstehen, damit aus ihr viel Segen für Kirche und Volk hervorgehe!

Deutschland.

Ein Aufruf des Reichsbürgerrats.

Das Präsidium und der Präsidialbeirat des Reichsbürgerrats richten in dieser schweren Schicksalsstunde des deutschen Volkes einmütig die ernste und feierliche Mahnung an alle Volksgenossen, alle deutschen Staaten und Stämme, sich bewußt zu bleiben der Tatsache, daß sie verbunden sind für Leben und Tod, sich bewußt zu bleiben der Tatsache, daß ein einziges Volk unüberwindbar ist, daß aber eine Trennung aber Untergang und Tod der Nation bedeutet. Gegenüber den von der Entente absichtlich geschürten hochverräterischen Umtrieben, das deutsche Volk endgültig zu vernichten, indem sie eine Zerklüftung der Nation mit den rücksichtslosen Machtmitteln des Imperialismus anstrebt, gibt es nur eine Antwort: Wir halten fest am Reich!

Das neue Wahlverfahren für die landwirtschaftliche Berufsvertretung.

Man schreibt uns: In dem in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurfe über den Aufbau der landwirtschaftlichen Berufsvertretung dürfte das aktive und passive Wahlrecht allen dem landwirtschaftlichen Beruf angehörenden Personen zustehen. Bei der Aufstellung der verschiedenen Wahlgruppen soll neben der Besitzgröße und dem Grundsteuerreinertrage oder auch ohne Rücksicht auf diese der Arbeitsaufwand als Mittel dienen. Die Bezirke der jetzigen Landwirtschaftskammern sollen eine Gliederung in „Kreisabteilungen" erfahren, und die Bildung der Gruppen soll für jeden Kreis besonders unter Berücksichtigung der jedesmaligen wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Diese Gruppen — mindestens drei in jedem Kreise — haben ihrer Zahl entsprechend je einen Vertreter in die Kreisabteilung zu wählen. Die Mitglieder der Landwirtschaftskammern werden wiederum von den Kreisabteilungen gewählt, und zwar aus ihrer Mitte, damit alle Gegenden der Kammerbezirke vertreten sind. Hierbei können mehrere Kreisabteilungen zu einem Wahlbezirk zusammengelegt werden. In die geplante Hauptlandwirtschaftskammer (das jetzige Landes-Ökonomie-Kollegium), sinnig als Beirat des Landwirtschaftsministeriums gedacht, sollen je 2—3 Mitglieder aus jeder Landwirtschaftskammer gewählt werden.

Ein Kommunalisierungs-Stückchen.

Dem in seiner Mehrheit aus sozialistischen Mitgliedern bestehenden Magistrat in Neukölln bei Berlin wurde Speck für 20 ℳ das Pfund zum Kauf angeboten. Man lehnte jedoch das Angebot wegen des hohen Preises ab, ließ jedoch die eingesandte Kostprobe in Wurst verarbeiten, die derartigen Beifall fand, daß nachträglich der Beschluß gefaßt wurde, doch den gesamten Speck käuflich zu erwerben. Jetzt kostete er allerdings 23 ℳ. — Noch mit einem anderen Versuch der Kommunalisierung mußte die Stadt böse Erfahrungen machen. Um die leidige Milchkalamität zu heben, beschloß die Gemeinde, die Milchwirtschaft selbst zu betreiben. Ein kommunalisierter Stall, mit ca. 40 Kühen besetzt, zeitigte einen durchschlagenden — freilich negativen — Erfolg: nicht allein blieb der Betrieb nach acht Monaten ein Defizit von 108 000 ℳ aus, trotzdem das Liter mit 74 ℳ, schreibe: vierundsiebzig Pfennige, verkauft wurde, sondern es mußte zugleich auch die wenig erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß viele Tausende, die in dieser oft Monaten die Milch bekommen hatten, doch zu der Überzeugung kamen, daß dieselbe herangezogen wurden, wenn auch indirekt durch Zahlung erhöhter Kommunalsteuer. — Ähnliche Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betätigung hatte auch der Vorort Weißensee zu verzeichnen.

Anschluß Waldeck-Pyrmonts an Preußen.

Eine Abordnung der Landesvertretung ist zur Beratung des Anschlusses Waldeck-Pyrmonts an Preußen nach Berlin abgereist.

Der Zusammenschluß der thüringischen Staaten.

Aus Altenburg wird uns berichtet: Nachdem am Freitag vormittag in der Landesversammlung der Gemeinschaftsvertrag über den Zusammenschluß der thüringischen Staaten zu einem Staatsgangen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Demokraten zur Annahme gelangt war, wurde in der Abendsitzung bei der endgültigen Abstimmung eine einstimmige Annahme erzielt. Zum Danke dafür wählten die Sozialdemokraten auch einen deutschnationalen und einen demokratischen Vertreter in den Thüringischen Volksrat und begnügten sich mit 3 Sitzen.

Das gerichtliche Nachspiel zum Mord an Kriegsminister Neuring.

Aus Dresden wird berichtet: Die Voruntersuchung gegen den Mörder des Kriegsministers Neuring ist abgeschlossen. Die Verhandlung wird in einer besonderen Tagung des Dresdener Schwurgerichts stattfinden.

Die kommunale Kontrolle der Arbeiterräte.

In der letzten Stettiner Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag, der den Magistrat ersucht, den Mitgliedern des Arbeiterrates das Recht der Kontrolle der Stadtverwaltung sofort zu entziehen und die Zahlung der Bezüge sofort einzustellen, in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 31 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

65. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Graf Dellev sah am anderen Morgen nur flüchtig die Postsachen durch. Er erwartete voll Sehnsucht und Unruhe die Stunde, da er Liane wiedersehen sollte. Als er Lianes Brief in die Hand bekam, stutzte er und sah bestembet darauf nieder. Unter all den großen geschäftlichen Kuverts fiel dieses schmale längliche Format mit der klaren, schönen Handschrift besonders auf.

Er schob die anderen Briefe zurück und öffnete nur diesen einen mit dem dolchartigen Briefopfner. Schnell zog er das Briefblatt hervor und las.

Von dem, was gestern in Brinkenhof geschehen war, hatte er keine Ahnung. So sicher hatte er sich seines Glückes gefühlt, daß ihn nun diese Nachricht Lianes wie ein Schlag traf.

Wie gelähmt starrte er auf ihre Worte herab. Er vermochte den Sinn nicht zu fassen und las sie wieder und wieder. Und dann sprang er plötzlich auf wie ein Gejagter. Er eilte zum Telefon und rief auf einem silbernen Pfeifchen einen schrillen Pfiff ertönen.

Ein Reitknecht eilte auf dieses Signal herbei.

„Mein Pferd — schnell," rief er diesem zu.

Wenige Minuten später jagte er im schnellsten Tempo nach Brinkenhof.

Sein Pferd war mit Schaumflocken bedeckt, als er dort ankam. Hanna saß einsam und traurig auf der Veranda. Als sie ihn kommen sah, zuckte ihr Herz im tiefen Weh. Ein Blick in sein Gesicht verriet ihr, daß er von Lianes Ehreise wußte. Und da wußte sie auch, daß nur Liane selbst es ihm mitgeteilt haben konnte.

Er sprang vom Pferde und nahm in großen Sätzen die Verandatreppe. Tief atmend und sehr bleich stand er vor ihr.

„Guten Morgen, Fräulein Hanna! Verzeihen Sie, wenn ich störe. Sie sehen mich in großer Aufregung. Bitte, entschuldigen Sie deshalb, wenn ich mit der Tür ins Haus falle. Sie waren mir immer eine gute, ehrliche Freundin, und Sie sollen zuerst hören, was noch niemand weiß. Fräulein Liane Reinold ist seit gestern morgen meine Braut. Ich liebe sie und werde von ihr wiedergeliebt. Leider konnte ich kein längeres Alleinsein gestern mit ihr herbeiführen, und konnte ihr daher nur flüchtig sagen, daß die Hindernisse, die uns trennten, weggeräumt werden würden. Ich hat sie, weil ich ihr mancherlei unter vier Augen zu sagen hatte, mich heute vormittag im Walde zu treffen. Sie sagte es mir auch zu. Statt dessen erhalte ich aber heute morgen ein"

Seine Worte sprangen schnell und erregt über seine Lippen, und seine Augen blickten sie unruhig forschend an.

Hannas Gesicht war bleich, aber kein Zucken darin verriet, daß er ihr mit seinen Worten den herbsten Schmerz zufügte, den ein Frauenherz erdulden kann. Sie vermochte sich selbst zu vergessen, und war mit all ihrer Sorge nur bei ihm.

„Genau weiß ich selbst nicht, was geschehen ist, lieber Freund. Ich weiß nur, daß gestern nachmittag die Baronin Wachau mit ihrer Gesellschafterin, Frau Doktor Bartels, in Brinkenhof war und mit meiner Mutter gesprochen hat."

Seine Augen glühten feindselig auf.

„Ach — von dieser Seite also erfolgte der Angriff auf meine Braut!" Hanna nickte.

„So ist es, lieber Freund. Frau Doktor Bartels hat Liane angeklagt. — Aber nein — ich kann Ihnen doch nicht volle Klarheit geben in der Angelegenheit, denn ich weiß, wie gesagt, selbst nicht viel davon. Ich will Muttchen rufen, sie soll Ihnen alles sagen."

Er hielt sie fest.

„Sagen Sie mir nur erst das eine — ist Liane wirklich fort?"

„Ja, Graf Dellev, gestern abend noch. Und ich bin sehr, sehr traurig darüber. Wenn das mit ich Ihnen gleich, jetzt noch sagen: Ich glaube nicht an Lianes Schuld. Mag da vorliegen, was will — eine Unwürdige ist sie nicht. Ich könnte ja nie mehr einem Menschen glauben und vertrauen, wenn ich mich in ihr geläuscht hätte. Ich habe sie leider nicht mehr sprechen dürfen, aber je länger ich darüber nachdenke, je unmöglicher erscheint es mir, daß sie schuldig ist."

Er sah den Brief hervor, den ihm Liane geschrieben hatte.

„Bitte, lesen Sie das, Fräulein Hanna. Und dann rufen Sie mir, bitte, Ihre Frau Mutter. Ich habe das Recht, völlige Klarheit in dieser Angelegenheit zu verlangen und die Pflicht, für meine Braut, an deren völlige Unschuld ich festerstehe, alles einzusetzen."

Hanna nahm mit bebender Hand den Brief.

„Wie er lieb ist! Wie bewundernswert sie ist, trotz allem Leides, das sie betroffen hat," dachte sie.

Sie las den Brief Lianes. Und ihr Glaube an deren Unschuld wuchs noch mehr. Sie gab ihm den Brief zurück und sah ihn groß und ernst an.

„Sie ist unschuldig, lieber Freund. Lassen Sie sich nicht wankend machen in Ihrem Glauben, was Sie auch hören werden."

Er preßte ihre Hand an seine Lippen.

„Dank für dieses Wort, liebe, teure Freundin. Ich werde viel Brief von ihr, der mir meldet, daß sie Brinkenhof gestern noch verlassen hat. Was ist geschehen, Fräulein Hanna?"

mich in meinem Glauben wankend machen."

Sie drückte ihm fest die Hand.

„Jetzt rufe ich Ihnen Muttchen herbei."

„Aber an meine eigene Schuld glauben, als an die ihre. Nichts kann mich irre machen."

„Gnädige Frau, was ist mit Fräulein Reinold geschehen, weshalb ist sie fort?"

Wie kommen Sie zu dieser Frage, Graf Dellev? Woher wissen Sie überhaupt, daß etwas mit Fräulein Reinold geschehen, daß sie fort ist?"

Statt aller Antwort gab er ihr Lianes Brief.

„Bitte, lesen Sie."

Sie tat es und erblaßte.

„Graf Dellev — Sie wollten Fräulein Reinold zu Ihrer Frau machen?" stammelte sie fassungslos.

„Ich wollte nicht nur, gnädige Frau, sondern ich will. Ich betrachte Fräulein Reinold nach wie vor als meine Braut."

Sie seufzte und sank in einen Sessel. Graf Dellev einen anderen zum Sitzen anwiesend.

„Ach, mein Gott, das werden Sie sich wohl anders überlegen müssen, mein lieber Graf. Bitte, setzen Sie sich. Ich will Ihnen alles erzählen. Ich bin tief betrübt."

„Ich bitte dringend um vollste Offenheit."

Frau von Brinken neigte das Haupt und erzählte nun genau und ausführlich alles, was gestern nachmittag geschehen war. Kein Wort unterschlug sie ihm.

Mit brennender Unruhe hörte er zu.

Endlich schloß Frau von Brinken ihren Bericht mit den Worten:

„Sie sehen also, lieber Graf, daß Fräulein Reinold sich nicht einmal zu einer Rechtfertigung ihrer Anklägerin gegenüber entschließen konnte. Ich bin fest, sie hat mit Ich gelten in ihrer Verzweiflung, und ganz sicher ist sie viel mehr unglücklich als schuldig. Aber zu zweifeln ist nach alledem an den Worten der Frau Doktor Bartels nicht. Und deshalb meine ich, Sie müssen es noch als ein Glück ansehen, daß Sie von dieser Affäre erfuhren, ehe Sie Ihre Verlobung mit Fräulein Reinold proklamierten."

Sie nahm ihren Stock, auf den sie sich beim Gehen stützte, und ging, so schnell sie konnte, ins Haus.

Er ging unruhig auf und ab, bis nach einigen Minuten Frau von Brinken erschien. Sie sah ihn betroffen an, als er erregt ihre Hand faßte und fragte:

Graf Dellev richtete sich jäh empor, und seine grauen Augen erschienen in der Erregung fast schwarz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0005

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Griebens Reiseführer Band 2: „Der Harz“. 35. Auflage, mit 13 Karten. Preis 5,50 ℳ. Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W 35. Einen bewährten, in jeder Hinsicht zuverlässigen Führer stellt die wiederum von W. Dammann aufs sorgfältigste neubearbeitete 35. Auflage des bekannten Griebenschen Bandes dar. Das vorzügliche Kartenmaterial enthält alle vom Harzklub bezeichneten und mit Schildern versehenen Wanderwege. Eine besonders ausgearbeitete „Entfernungstabelle“ gibt die Längen dieser Wege von Ort zu Ort in Kilometern an. Die in 37 Abschnitten behandelten Wanderungen durch den gesamten Harz zeugen von gründlicher Sach- und Wegekenntnis. Neben der großen Ausgabe hat der Verlag noch eine kleine Ausgabe zum Preise von 2,50 ℳ herausgegeben, die, gleichfalls neu bearbeitet, für einen kurzen Aufenthalt im Harz genügen dürfte.

Vermischtes.

* **Das glückliche Laasphe.** Die Stadt Laasphe in Westfalen (Regbez. Arnsberg) kann trotz großer Mehrausgaben den Steuersatz um 40 v. H. herabsetzen und hofft ihn im nächsten Jahre sogar noch weiter ermäßigen zu können.

* **Raubmord.** Auf der Landwehr in Iserlohn wurde die Witwe Stolte von unbekannten Tätern in ihrer Wohnung erschossen. Die Leiche war als man sie fand, mit einer Pferdedecke zugedeckt. Vermutlich liegt Raubmord vor.

* **Feuer in den Berliner Daimlerwerken.** Ein umfangreicher Brand brach gestern vormittag im Betriebe der Daimlerwerke in Marienfelde aus. Dort verteten mehrere Schuppen aus bisher nicht festgestellter Ursache in Brand und vernichteten Reparaturmaterial für Automobile, Kühler, große Gummivorräte usw. Drei Motorspritzen der Wehren von Tempelhof, Britz, Mariendorf, Johannistal und Friedenau arbeiteten mit acht Schlauchleitungen und konnten das Feuer bezwingen. Der Schaden wird auf 4 Millionen ℳ beziffert.

* **Über die Zukunft der Wilhelmshavener Werft** wurde in einer Sitzung der Hausbesitzervereine von Wilhelmshaven und Rüstringen beraten. Der augenblickliche Werftbetrieb sei wegen der ungewöhnlich hohen Löhne und der in keinem Verhältnis dazu stehenden geringen Leistungen unlohnend. Um nun den Arbeiterbestand den Jade-Städten zu erhalten, habe man die Absicht gehabt, die Werftanlagen an einen Großindustriellen zu verkaufen und die Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern seien bereits bem Abschluß nahe gewesen. Der Stinnes-Konzern habe eine rationelle Ausnützung der Werftanlagen im Auge gehabt, so daß an Stelle der 10 000 bis 12 000 jetzt beschäftigten Arbeiter vielleicht 35 000 bis 40 000 ihr Brot gefunden hätten. Damit wäre die wirtschaftliche Zukunft der Jade-Städte völlig sichergestellt gewesen. Gegen diesen Kauf hat sich einmal das Reichsmarineamt ausgesprochen, das die Werftanlagen der Marine erhalten möchte und dann die U. S. A., weil dadurch die von ihr beabsichtigte Sozialisierung unmöglich gemacht wird.

* **Ein Unfall des „Imperator“.** Nach einem Londoner Telegramm der „Information“ stieß der frühere Hamburger Dampfer „Imperator“ auf der Höhe von Nantucket mit dem Frachtdampfer „Agwihale“ zusammen. Der „Imperator erlitt nur leichte Beschädigungen und konnte seine Reise fortsetzen. Die „Agwihale“ wurde schwer beschädigt. Hilfe war fort zur Stelle.

* **Schleichhändler in Nöten.** Als einzige erfreuliche Folge des Putschversuches in der Pfalz ist zu verzeichnen, daß am Lebensmittelmarkt Preisstürze einträten, die im besetzten Gebiet als ungeheuerlich anmuten müssen. In Zweibrücken wurden an den letzten Markttagen von Landfrauen Butter zu sechs Mark feilgeboten. Feine Leberwurst fiel auf 5,50 ℳ das Pfund. Hülsenfrüchte auf 2,75 ℳ. Diese Preiserniedrigungen erfolgten besonders in der Rheinpfalz, an der oberen Haardt und an der Nahe, machten sich jedoch auch im benachbarten Gebiet bemerkbar. Sie wurden herbeigeführt durch die Zufuhren aus den Ententeländern, mehr aber auch durch die Angst der Schleichhändler und Wucherer, daß sie mit ihren aufgehäuften Waren sitzen bleiben würden.

* **Heroische Tat.** Im Pulverlager Mülheim bei Koblenz flogen aus unaufgeklärter Ursache mehrere Körbe mit Schießbedarf in die Luft. 7 Arbeiter sind schwer, viele andere leicht verletzt. Nur dem mutigen Eingreifens des Lokomotivführers, des Heizers, eines Regierungsrates und zweier amerikanischer Offiziere ist es zu verdanken, daß unabsehbares Unglück verhütet wurde Sie drangen durch den Geschoßhagel vor und holten einen innerhalb des Lagers stehenden, mit 18 000 schweren Granaten beladenen Eisenbahnzug heraus.

* **„Die gute alte Zeit.“** Wir lesen im „Kurier Warszawski“: „Die Kartoffeln kosten jetzt 75 ℳ das Pfund (zu 400 Gramm). Als vor einem Jahre die Kettenhändler 40 ℳ für das Pfund Kartoffeln verlangten, haben die Deutschen, die uns damals betreuten, die Wucherer verhaftet, streng bestraft und die beschlagnahmten Kartoffeln für 10 ℳ das Pfund an die Armen verkauft. Jetzt hindert leider niemand mehr die Bewucherung der Bevölkerung.“ So heute das Blatt der deutschfeindlichsten politischen Gruppe Polens!

* **Was werden die ersten Schokoladen kosten?** Mit dieser Frage beschäftigt sich der „Gordian“, das bekannte Fachblatt, mit folgender Kalkulation: Ein Fabrikant legt den ordentlichen Rohkakaopreisen die heutigen englischen Marktpreise zugrunde und rechnet aus, daß ihn der Zentner Rohkakao, frei in seine Fabrik verzollt, 350 ℳ kosten würde. Er berechnet sich den Preis der daraus hergestellten Kakaomasse auf 450 ℳ. Die daraus hergestellte Kakaobutter und Kakaopulver würden ungefähr 480 ℳ der Zentner kosten. Rechnet man die aus der alten Handelsverfassung bekannten Generalkosten für Fabrikation und Handel und die dem Groß- und Kleinhandel zufallenden Abzüge hinzu, dann wird das Pfund Kakaopulver zwischen 6 und 7 ℳ im Laden kosten müssen. Der Preis der billigsten reinen Schokolade, die aus 40 Prozent Kakaomasse und 60 Prozent Zuckerstaub wahrscheinlich und hoffentlich bestehen soll, würde sich wohl auf 4 ℳ fürs Pfund berechnen. Dabei haben wir, wie der uns berichtende Fabricant meint und vorschlägt, einen Zuckerpreis von 1 ℳ fürs Pfund angesetzt und Generalkosten für Fabrikation und Handel und die dem Groß- und Kleinhandel zufallenden Abzüge wie oben angerechnet. — Wir werden es ja erleben, wie die Preise aufsehen, wenn erst die Ware wieder ins Land kommt. Wir fürchten, daß es dann an Gründen nicht fehlen wird, um die Preise auf alle Fälle recht hoch zu halten. Deshalb wird es gut sein, die Preise, die hier von sachmännischer Seite berechnet und auskalkuliert waren, genau im Gedächtnis zu behalten!

Nähmaschinen
werden schnell u. gut repariert bei
L. Albrecht, Hallesche Str. 19.

Junger Mann, 19½ J., sucht **Stellung im Büro oder als Verkäufer.** Offert. unt. F K in der Exp. d. Bl. niederzulegen.

Existenz.
Für den Alleinvertrieb des echten Selters-Sprudel und Limonade im Kreise Merseburg Vertreter gesucht. Einige 1000 M. Betriebskapital erforderlich. Offert. unt. D 2527 an Huwag (Haasenstein & Vogler A.-G.), Halle a. S.

Möbeltischler
sucht With. Borsdorff, Schmale Straße 6.

Tüchtige
Zimmerer
werden eingestellt.
H. Schmidt, Baugeschäft, Moltkestraße 20.

Zeitungs-Bote
z. 1. Juli für Stadtbezirk gel. Kriegswitwe mit Kindern wird bevorzugt.
Geschäftsstelle „Merseburger Korrespondent“.

Maurer und **Arbeiter**
werden bei dauernder Beschäftigung auf den Bunaer Kohlenwerken eingestellt.
Meldungen werden beim Polier **Albrecht** auf der Grube von 7—4 Uhr entgegengenommen.

Hosen- und Westenschneider
auf Werkstelle für sofort gesucht.
Rügow Nachf.
Domstr. 7.

Junge zum Wegegehen
kann sich melden.
Bielig, Domstraße 10.

Laufbursche
sofort gesucht.
Lotz, Papierhandlung,
Burgstraße 7.

Nachtwächter gesucht
Kleinwohnungsbauten hinter Blanke's Fabrik. In melden bei Polier Krause.

Gartenfrauen
stellt ein
Trebst. Gärtnerei Nordstr.

Suche eine
tüchtig. Schneiderin
welche in Privathäusern näht. Näheres Eisenbahnstr. 3, 2 Tr.

In Merseburg hat sich ein

Verband der Arbeitgeber

für Merseburg und Umgegend,

eingetragener Verein, mit dem Sitz in Merseburg, gebildet. Sein Zweck ist die gemeinschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeitgeber. Mitglied kann jede Person oder Firma werden, welche in Merseburg oder Umgebung in Ausübung des Handels, eines Gewerbes oder sonstigen Berufes regelmäßig mindestens einen Angestellten beschäftigt. Das Eintrittsgeld beträgt für solche Mitglieder, die

regelmäßig bis zu 5 Angestellte beschäftig.	M. 3,—
bis zu 20 Angestellten	M. 10,—
darüber hinaus	M. 20,—

Der Mitgliederbeitrag ist in gleicher Höhe festgesetzt. Der unterzeichnete Vorstand fordert zum Beitritt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem seiner Mitglieder auf.

Bankdirektor Klure, Merseburg, Mitteldeutsche Privatbank — **Rechtsanwalt Dr. Rademacher,** Merseburg, Poststraße. — **Fabrikbesitzer Richard Dietrich** Merseburg, Königsmühle.

3. Ziegenschau u. Lämmermarkt
des Verbandes der Ziegenzuchtvereine
//* des Kreises Merseburg */*/*
Sonntag, den 15. Juni 1919 von 12—3 Uhr im „Neuen Schützenhaus“ zu Merseburg.
Eintritt f. Erwachsene 50 Pf., f. Kinder 25. Pf.
Eintritt und Standgeld ist bei dem herrschenden Mangel *** an Wechselgeld abgezählt bereit zu halten. ***

Der Markt kann **von allen Ziegenhaltern** — auch von Nichtmitgliedern — **des Kreises Merseburg** beschickt werden.

Zugelassen sind nur Tiere, die dem Zuchtziel entsprechen. — Hornlos von der Art des weißen Saanenschlages. —

Der Auftrieb der Tiere beginnt um 7 Uhr und muß um 8 Uhr beendet sein. Später angetriebene Tiere lassen Gefahr, bei der Prämilierung nicht mehr berücksichtigt werden zu können. An der Prämilierung, zu der von der Landwirtschaftskammer, dem Kreise und industriellen Betrieben, sowie von Vereinen Mittel zur Verfügung gestellt sind, nehmen **alle** Tiere — verkäufliche und unverkäufliche — teil.

Aussteller und Verkäufer haben ihre Tiere bis spätestens 10. Juni beim Vorsitzenden ihres Vereins — für Verein Merseburg, Stadt und Umgegend, beim Vereinsgeschäftsführer Herrn Mäder, Hallesche Straße 79 — mündlich anzumelden. Schriftliche Anmeldungen können auch an den Verbandsgeschäftsführer, Merseburg, Leipziger Straße 79 unter Angabe des Alters, Geschlechts; bei älteren weiblichen Tieren wie oft gelammt, gerichtet werden. Die Tiere müssen mit Halsband und Kette oder Strick tadellos sauber mit ordnungsmäßig verschnittenen Klauen zur Schau gebracht werden.

Jeder Aussteller des Merseburger Vereins hat dafür zu sorgen, daß für jedes ausgestellte Tier eine Person — es können dies auch Kinder sein — zur Stelle ist, die das Tier bei der Prämilierung vorführt.

Um den Besuchern der Ausstellung den Gesamteindruck der Schau nicht zu entziehen, ist es unbedingt notwendig, daß der Rotransport der Tiere erst erfolgt, wenn die Preisverteilung stattgefunden hat und nach Verbindung durch die Marktleitung, daß die Schau als geschlossen gilt. Bis dahin haben sämtliche Tiere an ihren Standorten zu verbleiben.

Für Futter hat jeder selbst zu sorgen.

Das Standgeld beträgt 50 Pfg. für Tiere von Vereinsmitgliedern und 1 Mk. für Nichtmitglieder.

In das Herdbuch eingetragene Tiere, sowie von Herdbuchtieren abstammende Ziegenlämmer und Jungböcke dürfen an außerhalb des Kreises Merseburg wohnende Kaufliebhaber nicht veräußert werden. Eine weitere Auswahl der in das Herdbuch aufnahmefähigen Tiere wird auch in diesem Jahre erfolgen.

Für alle übrigen Tiere bestehen Verkaufsbeschränkungen nicht; die Käufe und Verkäufe auf dem Markte vermittelt die Verkaufskommission, an welche eine Vermittlungsgebühr von 3 % zu zahlen ist.

Nähere Auskunft erteilen: Die Vereinsvorstände — für Merseburg-Stadt der Vereinsgeschäftsführer, der Verbandsgeschäftsführer, sowie auf dem Markte selbst die durch Schleifen erkennbaren Mitglieder der Marktleitung.

Der Verbandsvorstand.
Dr. Francke, W. Dörl, F. Stephan, M. Klingelstein.

S. z. 1. Juli od. sp. selbständ.
Wirtschafterin
für Nebengut, welche mit Federviehaufzucht, Gartenwirtschaft u. Leutebeköstigung vertraut ist. Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschriften z. senden an **Fr. H. Beyling,** Rittergut Geusa b. Merseb.

Suche zum 1. Juli od. später
tüchtiges Küchenmädchen.
Gehaltsansprüche zu senden an Frau H. Beyling, Rittergut Geusa bei Merseburg.

Junges Mädchen
für leichten Dienst zum 15. Juni oder später gesucht
Weiße Mauer 7, 1 Tr

Mädchen oder **Aufwartung**
für den ganzen Tag gesucht
Unter-Altenburg 18.

Wegen Verheiratung meines jetzigen Mädchens suche per 1. Juli
ein Dienstmädchen
vom Lande. Frau Weniger, Ob. Breite Str. 5, pt.

Täglich 2—3stünd.
Aufwartedienste
gegen freie Wohnung ges. Offerten unter R an die Exped. d. Bl.

Größ. Schulmädchen
als Aufwartung gesucht
Burgstraße 11.

Junges Mädchen
für leichte Aufwartung für den ganzen Tag gesucht.
Frau Höfer, Markt 8 l. Laden.

Aufwartung
1 Stunde vormittags sof. gesucht
Bielig, Domstr. 10.

Aufwartung
für einige Stunden des Vorm. gesucht Naumburger Str. 35, II.

Am Dienstag in Meuschau (Clippers Gasthof) **Matrosenmütze gestohlen.** Die Person ist erkannt und wird ersucht, selbige bis spätestens Donnerstag 12 Uhr Brauhausstr. 11, 1 Tr. abz.

Hundepeitsche verloren
zwischen Neumarkt u. Forsthaus. Gegen Belohnung abzugeben
Schnauber, Goldener Löwe.

Auf dem Wege von Meuschau nach Merseburg am Dienstag abend ein **Strohhut verloren.** Gegen Belohnung abzugeben
Gotthardstraße 24.

Bernstein-Brosche verloren
am 1. Feiertag auf dem Wege Bürgergarten, Teichanlagen, hintere Teichstraße, Feldweg bis zum Felschlößchen. Finder derselben wird um Rückgabe gegen Belohnung gebeten.
Weißenfelser Str. 8, 1 Tr.

Rote Brieftasche mit Inhalt
an einem Stand auf dem Markt lieg. geblieb. Geg. Belohn. abzug. bei A. Thiele, Kl. Ritterstr. 14, III.

Rauhaariger
Foxterrier
mit dunklen Flecken, auf den Namen **Flock** hörend, entlaufen. Gegen gute Belohnung abzugeben Gebr. Schubert, Halle a. S. Brotfabrik und Mühle, Merseburgerstr. 102.

R. F.
Bis heute abwesend. Erwarte Sonntag 7 Uhr dest. M. H 333.

Cinophon-Theater.
Ab Dienstag bis Donnerstag:
Im Banne fremden Willens!
Detektiv-Drama aus dem Reiche der Wissenschaft in 5 Akten.
Ein Lied von Haß und Liebe!
Drama in 4 Akten.
Fräulein Puppe – meine Frau!
Lustspiel in 2 Akten.
Ab Freitag:
Waldemar Psilander in:
Das tote Schiff!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebene.
Ortsgruppe Merseburg.
Donnerstag, den 12. Juni d. Mts., abends 7½ Uhr
Monatsversammlung
im Vereinslokal „Droll“ Zimmer Nr 1.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen dringend geboten.
Die Monatsversammlungen finden jeden — — — **Donnerstag** nach dem 1. eines jeden Monats in Zukunft statt.
Beratungsstelle findet von jetzt ab jed. **Mittwoch** im Restaurant „Alter Dessauer“, Dammstraße statt.
Der Vorstand.

Kammer-Lichtspiele
Kl. Ritterstr. 3. Fernruf 529.
Nur noch Mittwoch und Donnerstag:
Das Brandmal!!
Prächtiges Filmwerk in 4 Akten
: aus dem Leben gegriffen. :
Diskretion!!
Großer spannender Detektiv-Schlager in 4 Akten mit Harry Higgs.
Hierzu ein prächtiges Beiprogramm!
Anfang 7½ Uhr.

Einige tüchtige
Betriebs-Arbeiter
bei hohem Lohn sofort gesucht Städtisches Gaswerk.

Zum sofort. Antritt
suche besseres junges Mädchen mit guter Schulbildung als
Kinderfräulein für meine 3 Kinder
Verpflegung im Hause, Wohnung jedoch außer dem Hause. Beschäftigungsdauer von vormittags 8½ bis abends 7 Uhr. Gehalt nach Übereinkunft. Vorzustellen bei
Frau Bernhard Taitza, Markt 19
vormittags von 9—11 Uhr, nachmittags von 2—3 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Geschäftsanzeigen und Nachrichten 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 126 — Donnerstag, den 12. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Gerichtstag in Weimar.

(Zum sozialdemokratischen Parteitag.)

Die politische Entwickelung, die wir in den Jahren des Weltkrieges und seit dem 9. November 1918 durchgemacht haben, hat es mit sich gebracht, daß den Verhandlungen des Parteitages der Mehrheitssozialdemokratie Deutschlands, die am Dienstag am Tagungsort der Nationalversammlung in Weimar begonnen haben, eine in vieler Hinsicht entscheidende Bedeutung beizulegen ist. Die Partei der einstigen Reichsfeinde ist inzwischen zur regierenden Partei geworden. Die Kabinette nicht nur in Berlin, sondern auch in allen Bundesstaaten bestehen zum größten Teile aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, und für die Politik sowohl nach außen wie besonders nach innen machen sich demgemäß Gesichtspunkte und Ideen geltend, die in diesen Kreisen als unumgängliche Voraussetzungen für eine volkstümliche Politik vertreten worden sind.

Die schwerwiegenden Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die sich während der Kriegsjahre bis zu der Scheidung in zwei sozialdemokratische Parteien entwickelt hatten, sind mit dem Ausbruch der Revolution in einen offenen Kriegszustand übergegangen, und zu der Partei der Mehrheitssozialisten und der der Unabhängigen ist inzwischen noch eine dritte offizielle sozialdemokratische Partei getreten, die der Kommunisten. Diese weitere Entwickelung nach links blieb aber nicht ohne Einfluß auf die rechtstehenden Gruppen, und so ergeben sich denn zwei einander eigentlich schroff widersprechende Richtungen: die eine geht auf die vollständige Radikalisierung auch der Mehrheitssozialdemokratie aus und die andere wünscht dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß die Front durch das Gegeneinander der drei Parteien geschwächt wird und eine Einigung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen herbeigeführt werden müßte. Die Vertreter beider Parteien trennt aber im gegenwärtigen Augenblick eine ganze Welt gegensätzlicher Anschauungen, und interessant ist, was für den objektiven Betrachter in ausschlaggebender Weise in Frage kommt, die Tatsache, daß die Linksentwickelung innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie selbst bereits ziemlich weit vorgeschritten zu sein scheint. Man hat auf dem linken Flügel der S. P. D. nichts Geringeres vor, als einen großen Gerichtstag abzuhalten. Das kommt schon in den zahlreichen Anträgen zum Ausdruck, die in stellenweise extraradikaler Formulierung die großen Fragen der Sozialisierung, Demokratisierung und alles, was damit zusammenhängt, zur Erörterung stellen. Daneben steht die Forderung, daß die Mehrheitssozialdemokraten im Kabinett sofort auszutreten hätten, und daß vor allem Noske zu beseitigen sei.

Man sieht also, es sind Grundprobleme gegenwärtigen Staatslebens, wie sie die Zeit nun einmal mit sich bringt, die in Weimar nicht nur erörtert, sondern auch entschieden werden sollen. Werden die Führer der Entwickelung Herr bleiben? Wenn sie versagen, wird das Schicksal Deutschlands wieder einmal auf des Messers Schneide gestellt.

*

Der Beginn des Parteitages.

Den am Dienstag nachmittag in Weimar beginnenden Verhandlungen ging am Pfingstmontag eine Sitzung des Parteiausschusses voraus, an der der Parteivorstand, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, sowie Vertreter aus den einzelnen Bezirken teilnahmen. Der Parteivorsitzende Hermann Müller gab einen Überblick über die Bedeutung gerade dieses Parteitages, über seine Arbeiten und Aufgaben. Er nahm Stellung zu den zahlreich vorliegenden Anträgen, darunter auch zu den Anträgen auf Einleitung neuer Verhandlungen mit den Unabhängigen zur Beseitigung der Parteispaltung. Der Parteitag wird sich, wie mit Sicherheit angenommen werden kann, für eine Einigung mit den Unabhängigen aussprechen, wenn sich die Unabhängigen auf den Boden des Erfurter Programms stellen und wenn die Unabhängigen für ihr Verhalten die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen. Der Redner beschäftigte sich auch mit den Anträgen auf Boykottierung der Freiwilligenkorps und besprach an Hand der vorliegenden Anträge das Verhältnis der einzelnen Staaten zu der von der Sozialdemokratie grundsätzlich geforderten deutschen Einheitsrepublik. Weiterhin wurde das Beamtenrecht und die Fragen der Bildungs- und Jugendbewegung mehrfach angeschnitten. Als nicht empfehlenswert wurde es bezeichnet, den Parteitag mit einem besonderen Referat über die Außenpolitik zu belasten. Minister Scheidemann wird, falls es zu einem Referate über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die Auswärtige Politik mitbehandeln. Die Zeit des Parteitages ist [illegible] die Nationalver- [illegible] daher versucht werden, [illegible] unter allen Umständen [illegible] wurde von verschie- [illegible] er Parteivorstand den [illegible] ition zu berufen, die [illegible] soll. Auch die alleg- [illegible] rit genommen werden, [illegible] derartige Erörterungen [illegible] t, daß die alten Land- [illegible] Amte sind und ihre [illegible] n als je zuvor. Der [illegible] Stellung nehmen. [illegible] der Bräsident der [illegible] ßen), und der Vor- [illegible] Nationalversammlung, [illegible] tag nachmittag 4 Uhr [illegible] m Hintergrunde der [illegible] gestellt. Ministerpräsi- [illegible] ren. Dagegen sind an- [illegible] chmidt, Wissell, [illegible] derzeitige Parteivor- [illegible] Namen des Parteivor- [illegible] erlichkeit eröffnet vor- [illegible] ts als Arbeit fordere. [illegible] wir inzwischen unsere [illegible] echt dem Volk gegeben [illegible] unser Ebert, der an [illegible] er ist heute nicht hier, [illegible] erte: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben in schicksalsschwerster Zeit." Wir danken ihm für die treuen Dienste, die er der Partei geleistet hat. (Beifall.) Wir haben viel erreicht, aber reine Freude will bei uns nicht aufkommen. Das liegt daran, weil wir die Republik auf einem Schutt- und Trümmerhaufen errichten mußten, und das in der Zeit, die zusammenfällt mit der Zeit tiefster nationaler Schmach. Wir erklären, daß wir nicht ruhen werden, bis diejenigen zur Rechenschaft gezogen sind, die schuld an dem namenlosen Unglück sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind von einem Schmachfrieden bedroht, und da sollte eigentlich in einem Trauerhause der Streit ruhen. Wir werden die Männer der Vaterlandspartei nicht vergessen, die durch ihre Raub- und Annexionspolitik das deutsche Volk in sein Unglück stürzten. (Zustimmung.) Wir werden nie vergessen die Junker und Junkergenossen, die die Wahlrechtsreform verhindert haben, obwohl wir ihnen mahnend in Würzburg zurieten, daß jeder Tag des Aufschubs die Widerstandskraft des Volkes untergrabe. Wir vergessen auch nicht die unverantwortlichen Militärs, die jetzt zu ihrer Rechtfertigung sich die Finger wundschreiben und hoffentlich damit Material für den Staatsgerichtshof liefern. Alle, die den Siegfrieden gepredigt, haben beigetragen, daß die Nerven des Volkes zerrissen. Die Novemberwoche 1918 wird ein Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes sein. Wenn sie jetzt allmählich aus ihren Schlupfwinkeln hervorkommen, so sollen sie sich sagen lassen, daß ihre Zeit vorüber ist. Sie sollen sich hüten, die Arbeiterklasse in Stadt und Land zu reizen; denn wir haben die Machtmittel in Händen, jede Revolution zu verhindern. (Stürmischer Beifall. Rufe Noskes: Die Demokratie muß gesichert bleiben.) Eine historische Aufgabe war es, der jungen Republik den sozialistischen Stempel aufzudrücken. Deshalb haben wir den Unabhängigen das Angebot gemacht, mit uns zusammen zu gehen."

Der Redner geht dann auf die Geschichte des Zusammenarbeitens mit den Unabhängigen und die Trennung ein. „Wir alle mißbilligen die Ausschreitungen Einzelner und wir werden Abhilfe schaffen. Jede Regierung wäre aber ein Spielball, die sich nicht auf eine genügende Macht stützen könnte. Wäre anders verfahren, dann wären längst in Deutschland mexikanische Zustände entstanden und der Wiederaufbau würde noch schwieriger sein. Man empfiehlt eine sozialistische Armee, eine Rote Garde, das ist leichter gesagt als getan. Wir müssen bedenken, daß in den schwierigsten Momenten Truppenteile sich neutral erklärt haben. Es kann für uns eine Einigung nur geben auf dem Boden sozialdemokratischer Grundsätze. (Stürmischer Beifall.) Der Hauptleidtragende für das, was die englischen und französischen Lubendorffs und Tirpitze diktieren, wird die deutsche Arbeiterklasse sein. Sie hat in dieser Stunde eine große historische Mission. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, kann aus dem Buch der Geschichte gestrichen werden. Darum rufe ich den deutschen Arbeiterbrüdern an der Saar, an der Memel, am Rhein und an der Oder zu: Was auch geschehe, stehe zu deinem Volk. Es ist dein angeborener Platz. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wird zur

Konstituierung des Parteitages

geschritten. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt die Abgeordneten Heinrich Schulz-Ostpreußen und Löbe-Breslau. Schulz übernimmt den Vorsitz. Bei der Festsetzung der Tagesordnung werden Anträge eingebracht, u. a. die auswärtige Politik auf die Tagesordnung zu setzen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Mit großer Mehrheit beschließt der Parteitag, auf die Tagesordnung den Punkt Auswärtige Politik zu setzen. Eduard Bernstein wird als Berichterstatter für auswärtige Politik bestimmt, und zwar soll er Gegenberichterstatter bei Punkt 6 der Tagesordnung „Aufgaben der Partei in der Republik" sein. Berichterstatter dazu ist Scheidemann, der vermutlich am Donnerstag sprechen wird.

Alsdann folgt der Bericht des Parteivorstandes, den Otto Wels erstattet. Er bespricht u. a. die Flucht des Kaisers. In den Tagen des Zusammenbruchs hätte das deutsche Volk nur eine Hoffnung gehabt, nämlich die auf die deutsche Sozialdemokratie. Der Redner wendet sich dann sehr scharf gegen einen Antrag Jena, der der Fraktion die Mißbilligung aussprechen will für die Bewilligung der Kriegskredite. Wels erklärte, die Partei habe nie den Glauben gehabt, daß Deutschland imstande sein werde, mit Waffengewalt einer ganzen Welt den Frieden zu diktieren, insbesondere nicht, als Amerika in den Krieg eintrat. Diesen Glauben hätten nur die Annexionisten und die Konservativen gehabt, deren ganze Politik darauf zugeschnitten war, daß Deutschland der ganzen Welt den Frieden diktieren und dann die Militärpartei herrschen werde. Nach weiteren Ausführungen wurde schließlich in vorgerückter Stunde die Versammlung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Neueste Nachrichten.

Die Pariser Beratungen.

Paris, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Regierungschefs beschäftigten sich gestern mit der Prüfung der Schlußforderung des deutschen Gegenentwurfes. Die Schadenersatzkommission hat nach Vorlesung der Sachverständigen einen Bericht ausgearbeitet, der heute dem Viererrat vorgelegt werden soll. Während die französischen Vertreter eine Festsetzung einer festen Entschädigungssumme nicht wollen, haben die Amerikaner die Entschädigung auf 100 Milliarden Goldmark festgelegt. Über das polnische Grenzproblem beraten heute morgen 10 Uhr die Außenminister der Großmächte. Es dürfte doch noch eine demnächst Volksabstimmung stattfinden. Im Anschluß hieran wird heute nachmittag 4 Uhr der Viererrat nochmals über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beraten. Clemenceau wird auf dem französischen Standpunkt bestehen, wonach Deutschland höchstens erst aufgenommen werden kann, wenn es den Nachweis geliefert hat, daß es friedfertig ist. Diese Auffassung dürfte wahrscheinlich durchgeführt werden.

Man hofft, die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Freitag den 13. d. Mts. überreichen zu können. Präsident Wilson reist an diesem Tage nach Brüssel. Die Antwort ist dann endgültig, der deutschen Delegation wird keine Gelegenheit zur Diskussion gegeben werden. Die Frist wird höchstens 8 Tage betragen, damit die Delegierten Zeit erhalten, nach Berlin zum Vortrag zu reisen.

„Dichtung oder Wahrheit?

Rotterdam, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) „N. R. C." meldet, daß in Brüssel eine Bekanntmachung angeschlagen wird, in der der frühere Kommandant von Doornik-Tournai den früheren Kronprinzen von Bayern und den früheren deutschen Kaiser für den 14. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr, vor die 8. Kammer des Berufungsgerichts ladet, um sich wegen der im Kriege begangenen Verbrechen zu verantworten.

Die türkische Friedensdelegation.

Haag, 11. Juni. Die „Times" erfahren aus Konstantinopel: Obwohl die Namen der türkischen Delegation, die heute in Toulon ankommen wird, nicht veröffentlicht worden sind, steht fest, daß der Großwesir Damad Ferid-Pascha Chef der Delegation sein wird. Mitglieder der Delegation sind: Tewfik-Pascha, Kemal-Bey und Riza Tewfik, der ehemalige Minister.

Vor der Einberufung der Nationalversammlung.

Weimar, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung wird sich mit der Friedensfrage befassen. Infolgedessen ist der Zeitpunkt der Eröffnung noch nicht festgesetzt.

Besetzung von Hamburg und Danzig im Falle der Nichtunterzeichnung?

Hamburg, 11. Juni. Nach der Kopenhagener „National-Tidende" sollen große Flottenabteilungen der Entente nach Danzig und Hamburg unterwegs sein, um diese Häfen im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zu besetzen. Die zuständigen Hamburger Stellen haben von einer solchen Besetzung keinerlei Kenntnis und halten sie auch nicht für wahrscheinlich. Möglicherweise hat die Tatsache, daß zur Überwachung des ausländischen Lebensmittelverkehrs und der Ablieferung der deutschen Handelsflotte Kriegsschiffe im Hamburger Hafen liegen und ein- und auslaufen, zu dem Gerücht Veranlassung gegeben.

Ein Amerikaner gegen die Bündnispolitik der Entente.

Washington 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Präsident des amerikanischen Kongresses wandte sich gegen den Vorschlag, daß England und die Vereinigten Staaten Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs Hilfe leisten sollen. Er führte u. a. aus: Wenn der Friede gesichert sein soll, dann ist ein englisch-amerikanisch-französisches Bündnis unnütz. Dieser Bund würde nur neue Verwirrung bringen und den Völkerbund würde man mit Mißtrauen betrachten. Warum tun denn Deutschland, Rußland und Japan nicht auch ein gleiches?

Protestnote Deutschösterreichs gegen den Gewaltfrieden.

St. Germain, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des Korresp.-Büros wird Staatskanzler Dr. Renner heute Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der die Unannehmbarkeit der Friedensbedingung ausführlich dargelegt wird. Die Note behandelt die wirtschaftliche Lage Deutsch-Österreichs und legt dar, daß — sollte der Friedensentwurf in der jetzigen Form angenommen werden — Deutsch-Österreich sich nicht nur nicht zu ernähren vermag, sondern auch der Staatsbankerott unausbleiblich sei.

Ebert über den Frieden für Italien.

Zürich, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Reichspräsident Ebert sagte zu dem Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia", Deutschland werde nur einen realisierbaren Frieden unterzeichnen. Auch für Italien werde es keine Friedensgarantie geben, wenn Deutschland nicht unterzeichnet.

Die Friedensverhandlungen.

Die Beratung der deutschen Gegenvorschläge.

Die feindliche Presse setzt das Rätselraten über die Antwort der Alliierten fort. Neue Gesichtspunkte treten nicht zu Tage. Unter den Gerüchten, die sich mit den Zugeständnissen befassen, verzeichnen wir das folgende als erstes:

Versailles, 10. Juni.

Die Völkerbundkommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Auch die Behauptung, der Rat der Vier sei damit einverstanden, daß der Völkerbund Deutschland das Mandat zur Verwaltung und Bewirtschaftung Deutsch-Südwestafrikas übertrage, taucht wieder in der englischen Presse auf, ohne natürlich bei der Lage der Dinge greifbare Gestalt annehmen zu können.

über die Fertigstellung der feindlichen Antwort

und die Frist die uns zur Annahme der Antwort gestellt werden soll, gehen die Meinungen der gegnerischen Presse auseinander. Amerikanische Kreise hoffen laut Pariser Ausgabe der „Daily Mail", daß die Antwort der Alliierten am Dienstag abend fertiggestellt sein wird, während englische Kreise die Fertigstellung vor Donnerstag abend nicht für möglich halten. „Chicago Tribune" berichtet, daß bei der Überreichung der Antwort der Alliierten den Deutschen eine Frist gesetzt werden wird, welche augenblicklich noch nicht feststeht. Frankreich möchte eine Befristung von 48 Stunden, die Vereinigten Staaten von 4 Tagen, England von einer Woche. Es sei endgültig beschlossen worden, daß Deutschland nicht gestattet sein wird, noch weitere Veränderungen zu verlangen. Präsident Wilson werde sofort nach der Unterzeichnung oder Ablehnung des Friedensvertrages durch die Deutschen nach Amerika zurückreisen. Den Abschluß des Vertrages mit Österreich-Ungarn, den Türken und Bulgaren werde er Lansing und White überlassen. Das Blatt berichtet, daß am Sitze der amerikanischen Delegation in Paris im Hotel Crillon, Betten abgeschlossen wurden, daß der Friede am 13. Juni in Versailles unterzeichnet werde und Wilson noch am selben Abend abreisen werde. Reuter meldet aus Paris, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein werde.

Die verwirrte und verwirrende Diskussion, die innerhalb der Ententepresse über die Friedensbedingungen und den Inhalt der Antwort auf unsere Gegenvorschläge im Gange ist, hat wenigstens die eine erfreuliche Wirkung gezeitigt, daß der Geist der Kritik gegenüber dem Clemenceauschen Friedensentwurf immer weitere Kreise ergreift. Wir verzeichneten kürzlich eine sehr bemerkenswerte Darstellung des „New Statesman", des Organes der sozialistischen Fabian Society und finden heute denselben Geist humaner Kritik in dem liberalen „Manchester Guardian" wieder, der in einem Leitartikel schreibt:

„Es ist klar, daß der vorliegende Friedensvertragsentwurf und der ihn beseelende Geist mit den vom amerikanischen Präsidenten anerkannten und von allen Alliierten gutgeheißenen Waffenstillstandsbedingungen in schlimmem Kontrast steht. Deutschland weiß dies nicht nur sehr genau, sondern eine große wachsende Anzahl Mäßiggesinnter. Nicht nur eine Stimme in England erkennt dies an.

Aber es wird nicht nur anerkannt, sondern es wird auch laut und eindringlich protestiert durch eine einflußreiche und angesehene Zeitung, den Londoner „Observer" und durch eine gleichartige Denkschrift mit vielen Unterschriften von Hochschullehrern und anderen einflußreichen Persönlichkeiten; unter den Oxforder Namen findet man die der angesehendsten Führer in Wissenschaft und Politik. Die Studenten von Oxford und Cambridge bereiten ähnliche Denkschriften vor. Die Protestbewegungen nehmen überall zu. In derselben Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190612-19/fragment/page=0007